

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 05

KLIMAKRISE

IPCC schlägt angesichts
eskalierender Schäden
Alarm

PLURALISMUS

Lokalradios können – und
sollten – allen Stimmen
Gehör verschaffen

RECHTSSTAAT

Pakistan verbessert
Umgang mit Opfern von
Vergewaltigungen



Textilindustrie

Editorial

- 3 **SABINE BALK**
Schluss mit der Wegwerfmode

Magazin

- 4 **ROLI MAHAJAN**
IPCC schlägt Alarm
- 6 **MALINA STUTZ**
Schuldenumwandlungen zum Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen sind eine gute Idee, aber nicht leicht umzusetzen
- 8 **SHEILA MYSOREKAR**
Lokalradio kann – und sollte – den demokratischen Pluralismus fördern und allen Stimmen Gehör verschaffen
- 10 **MARVA KHAN**
Bei Gerichtsprozessen wegen Vergewaltigung gibt es in Pakistan keine Jungfräulichkeitstests mehr
- 12 **PRAVEEN JHA**
Warum Green Deals nicht reichen
- 14 **MOUTAZ ALI UND AMEL SABRI**
Nowadays: zweischneidige Hochzeitszuschüsse in Libyen

Debatte

- 16 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Inflation in Uganda wird durch äußere Umstände verursacht
- 17 **JULIAN BERGMANN UND NIELS KEIJZER**
EU darf afrikanische Sicherheit nicht wegen Ukrainekrieg vernachlässigen

- 18 **MARVA KHAN**
Pakistans neuer Premierminister steht vor großen Herausforderungen

- 19 **HANS DEMBOWSKI**
Der paradox klingende Begriff „Oligarchenpopulismus“ ist sinnvoll

Schwerpunkt: Textilindustrie

- 21 **INTERVIEW MIT M. A. JABBAR**
Geschäftsführer der DBL Group schätzt die Lage seiner Branche in Bangladesch ein

- 23 **INTERVIEW MIT NAZMA AKTER**
Gewerkschafterin erörtert Arbeitsbedingungen für Textilarbeiterinnen in Bangladesch

- 25 **ALPHONCE SHIUNDU**
Die Textilindustrie könnte in Kenia die Industrialisierung vorantreiben

- 27 **MICHAELA FINK UND REIMER GRONEMEYER**
Erfahrungen äthiopischer Textilarbeiter

- 29 **OLGA SPERANSKAYA**
Giftige Chemikalien belasten die Lieferkette und kontaminieren Kleidungsabfall

- 31 **INTERVIEW MIT THOMAS FISCHER**
Fast Fashion führt zu nutzlosem Müll, der weder recycelt noch wiederverwendet werden kann

- 32 **GISELA BURCKHARDT**
Deutschlands Grüner Knopf soll für Nachhaltigkeit sorgen, braucht aber strengere Kriterien

SCHWERPUNKT

Textilindustrie

In den Jahren 2000 bis 2015 stieg die Zahl der weltweit verkauften Kleidungsstücke von jährlich 50 Milliarden auf über 100 Milliarden. Das kann nicht so weitergehen. In der Produktion herrschen vielfache Missstände. Die Löhne sind sehr niedrig, und Beschäftigtenrechte werden oft ignoriert, wenn sie denn überhaupt festgeschrieben sind. Der intensive Einsatz von Chemikalien schafft zudem ökologische Probleme. Andererseits startet Industrialisierung typischerweise in dieser Branche, weshalb diverse afrikanische Regierungen dem Beispiel Bangladeschs folgen und die Exporte drastisch steigern wollen.

Titelseite: Kleiderproduktion in Bangladesch
Foto: Sabine Balk





Näherin in Äthiopien:
Der Schwerpunkt „Textilindustrie“ beginnt auf Seite 20. Er betrifft das achte und zwölfte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal), also „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ sowie „Nachhaltig produzieren und konsumieren“.

gabe dieses Siegels jedoch nicht für ausreichend – unter anderem, weil sie Missstände in Spinnereien oder der Baumwollproduktion nicht berücksichtigt.

Viele sehen die Arbeiterinnen nur als ausgebeutete Opfer. Die Situation ist aber differenzierter. Viele junge Frauen wollen gern Geld verdienen – um selbständiger zu werden, aber auch um ihre Familien unterstützen zu können. In Bangladesch gehören Textilarbeiterinnen nicht zu den Ärmsten, sondern werden eher zur unteren Mittelschicht gezählt. Wichtig ist obendrein, dass Industrialisierung fast überall mit Textilerstellung begonnen hat. Tatsächlich sind viele afrikanische Regierungen daran interessiert, dem Beispiel Bangladeschs zu folgen.

Das Thema Textilproduktion ist ethisch-moralisch und ökologisch komplex. Die Branche verdient weiterhin globale Aufmerksamkeit, denn sie muss nachhaltig werden – und zwar sowohl in sozialer als auch ökologischer Hinsicht.

Schluss mit der Wegwerfmode

Auf der Textilindustrie liegt ein großes öffentliches Augenmerk. Kleidung brauchen alle, und Mode ist ein emotionales Thema. Seit dem Einsturz der mehrstöckigen Fabrik in Rana Plaza in Bangladesch 2013 mit mehr als 1100 Toten ist vielen Menschen in Ländern mit hohem Einkommen bewusst geworden, unter welchen elenden Bedingungen Waren in Entwicklungsländern produziert werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) engagieren sich für bessere Arbeitsbedingungen und ökologisch-nachhaltige Produktion. Das ist auch bitter nötig, denn die immer größer werdende Menge an Kleidung belastet die Umwelt. Problematisch sind der riesige Ressourcenverbrauch – vom Baumwollanbau bis hin zu synthetischen Fasern – und der intensive Einsatz von Chemikalien. Der Kleidermüll ist auch relevant – besonders wegen der hohen Kunststoffanteile.

Das Konsumverhalten ist destruktiv schnelllebig geworden. Die Modeindustrie bringt im Billigsegment mittlerweile 12 bis 16 Kollektionen im Jahr auf dem Markt. Ein

neues T-Shirt kostet teils weniger als ein Brot, sodass diese Waren keine Wertschätzung mehr erfahren. Diese sogenannte Fast Fashion ist Mode zum Wegwerfen. Dies ist zwar vor allem ein Problem der Länder mit hohem Einkommen, aber auch Afrika wird zunehmend von chinesischer Billigware überschwemmt.

Früher wurden vergleichsweise lang haltende, aber auch teure Kleidungsstücke gekauft. Von 2000 bis 2015 hat sich die Anzahl der globalen Kleidungskäufe weltweit von etwa 50 Milliarden auf mehr als 100 Milliarden Kleidungsstücke verdoppelt. Bis 2030 erwarten Experten eine weitere Verdoppelung. Das ist Wahnsinn.

Leider ist es für Verbraucher schwer, ethisch und ökologisch produzierte Ware von problematischer Ware zu unterscheiden. Selbst der Preis eines Kleidungsstücks sagt nichts darüber aus, unter welchen Bedingungen produziert wurde. Allein zertifizierte Öko- und Soziallabels garantieren gewisse Standards. Sie versorgen aber nur ein winziges Nischensegment. 2019 startete das BMZ die Initiative „Grüner Knopf“, um nachhaltig produzierte Ware auszuzeichnen. Kritiker halten die Kriterien für die Ver-



SABINE BALK
 ist Redakteurin von E+Z
 Entwicklung und
 Zusammenarbeit /D+C
 Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Bangladesch bedient den Weltmarkt mit umfangreichen Kleidungsexporten. Um die Entwicklung der Branche in den vergangenen Jahren zu verstehen, haben wir Interviews mit einem Manager und einer Gewerkschafterin geführt.



M. A. Jabbar von der DBL Group skizziert die wirtschaftlichen Aussichten des Industriezweigs (S. 21) und Nazma Akter von der Sommilito Garments Sramik Federation erörtert die Lage der Beschäftigten (S. 23).



► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**

GLOBALE UMWELT

Die Zeit läuft ab

Die Klimakrise verschärft sich rasant und gefährlich. Der Weltklimarat (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) warnt, dass der kritische Grenzwert von 1,5 Grad Celsius ziemlich sicher überschritten wird, zumindest vorübergehend. Er ruft zu dringendem Handeln auf.

Von Roli Mahajan

Der IPCC ist die internationale Institution, die den Klimawandel im Auftrag der Regierungen der Welt überwacht und ihren derzeit sechsten globalen Sachstandsbericht veröffentlicht (siehe Kasten). Der Teilbericht zur Anpassung an den Klimawandel wurde im Februar veröffentlicht, der zur Bewältigung im April.

Das Szenario ist düster. UN-Generalsekretär António Guterres kommentierte: „Wir sind auf dem Weg zu einer globalen Erwärmung, die mehr als doppelt so hoch ist wie der Grenzwert von 1,5 Grad Celsius.“ Dieser Grenzwert wurde 2015 auf dem Klimagipfel in Paris vereinbart.

ANPASSUNG

Laut IPCC-Anpassungsbericht vom Februar verursacht der Klimawandel irreversible Schäden zum Nachteil für Natur und Gesellschaft. Mit dem Anstieg der Durchschnittstemperaturen nehmen die Risiken zu. Dazu gehören Naturkatastrophen aufgrund von Extremwetterereignissen, aber auch der langsam einsetzende Verlust der Lebensgrundlagen, wenn etwa die Landwirtschaft durch Jahreszeitenverschiebungen gestört wird. Dies betrifft vor allem Länder mit niedrigem Einkommen, aber auch Länder mit hohem Einkommen spüren die Folgen zunehmend.

Die Lebensmittel- und Wassersicherheit für marginalisierte Gemeinschaften verschlechtert sich in vielen Entwicklungsländern. Zudem nehmen die Ernährungsvielfalt ab und die Unterernährung zu, insbesondere bei indigenen Völkern, Kleinbauern und Haushalten mit niedrigem Einkommen. Kinder, ältere Menschen und schwangere Frauen sind besonders gefährdet.

Der Bericht weist darauf hin, dass Städte vermehrt von Hitzewellen betroffen sind, die die Luftverschmutzung verstärken. Auch das betrifft besonders marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Informelle Siedlungen wachsen schnell, nicht zuletzt aufgrund der Abwanderung aus armen ländlichen Gebieten.

Die Wissenschaftler stellen fest, dass wertvolle Ökosysteme an „harte Grenzen“ stoßen. Einige Regenwälder, Feuchtgebiete an der Küste, Korallenriffe oder Gebirgszüge können sich nicht mehr anpassen. Selbst einige ausgewiesene Naturschutzgebiete gelten nicht mehr als sicher. Laut IPCC sind nur 15 Prozent der Landfläche und acht Prozent der Ozeane geschützt – oft unzureichend.

Auch die menschliche Gesundheit ist den Wissenschaftlern zufolge gefährdet. Heißere Temperaturen begünstigen die Ausbreitung von Krankheiten wie Denguefieber und Malaria. Sie verschlimmern Herz-Kreislauf- und Atemwegsbeschwerden. Hinzu kommen Wechselwirkungen mit ungesunden Lebensgewohnheiten und Umweltverschmutzung.

Die Autoren würdigen, dass das öffentliche Bewusstsein gewachsen ist und

Regierungen verstärkt handeln. Sie warnen jedoch, dass die ergriffenen Maßnahmen von den schnell zunehmenden Klimawandelfolgen überholt werden. Auf lange Sicht brauche es eine „transformative“ Anpassung. Lebensweisen müssen überdacht werden.

„Fehlanpassungen“ müssen vermieden werden. Der IPCC meint damit Maßnahmen, die die Klimaauswirkungen abfedern sollen, tatsächlich aber die Risiken anderswo erhöhen. Auch hier sind benachteiligte Gruppen am stärksten betroffen. Der Anpassungsbericht empfiehlt daher integrierte, sektorübergreifende Lösungen, die soziale Ungleichheiten berücksichtigen und auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Wissenschaftler sagen, dass sie unzweifelhafte wissenschaftliche Beweise dafür haben, dass der Klimawandel sowohl das „menschliche Wohlbefinden als auch die Gesundheit des Planeten“ bedroht. Gleichzeitig sehen sie nur noch eine „kurze und schnell ablaufende Chance“, „eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle“ zu sichern.

SCHADENSBEGRENZUNG

Eine Anpassung an den Klimawandel wird ohne drastische Verminderung der Treibhausgasemissionen unmöglich sein. Leider ist die internationale Gemeinschaft nicht auf dem Weg, die globale Erwärmung auf



Hochwasserschäden in Deutschland im letzten Sommer.

1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Nur innerhalb dieser Grenzen können die lebensnotwendigen Ökosysteme stabilisiert werden.

Laut dem Anfang April veröffentlichten IPCC-Bericht zur Klimawandelbewältigung steuert die Welt derzeit auf einen Temperaturanstieg von mehr als 3 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts hin. Die 1,5-Grad-Grenze wird ziemlich sicher überschritten. Die Autoren hoffen aber, dass dies nur vorübergehend der Fall sein wird. Sie gehen davon aus, dass CO₂-Bindung und -Speicherung notwendig sein werden, um die Konzentration in der Atmosphäre zu verringern. In der Tat weist das IPCC nun darauf hin, dass diese weitgehend unerprobte und potenziell riskante Technologie notwendig ist.

Der IPCC-Bericht beschreibt Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen. Die Wissenschaftler erklären, dass die weltweiten Emissionen vor 2025 ihren Höhepunkt erreichen und bis 2030 um 43 Prozent reduziert werden müssen. Netto-Null-Emissionen müssen bis 2050 Realität sein. Der Kohleausstieg muss vollzogen werden, und geplante zusätzliche Infrastrukturen für fossile Brennstoffe dürfen nicht gebaut werden. Bislang betragen die Investitionen in eine CO₂-arme Welt nur ein Sechstel

dessen, was erforderlich ist, so die Wissenschaftler.

Zum ersten Mal enthält ein IPCC-Bericht ein eigenes Kapitel über die sozialen Aspekte der Emissionsminderung. Menschliches Verhalten, Kultur und Lebensstil spielen eine Rolle. Was wir essen, wie wir reisen und was wir kaufen, hat Folgen. Offensichtlich sind die Effekte dort am größten, wo die Emissionen am höchsten sind. Was in Ländern mit hohem Einkommen geschieht, ist daher besonders wichtig.

Nicht alle Nachrichten sind schlecht. Die Wissenschaftler berichten, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen von 2010 bis 2019 langsamer gestiegen sind als zuvor. Außerdem ist die Technologie der erneuerbaren Energien viel billiger geworden. Dennoch haben die Emissionen ihren Höhepunkt noch nicht erreicht und sind auf dem höchsten Stand der Geschichte.

Da der IPCC-Bericht auf zwischen 2014 und 2019 erhobenen Daten basiert, könnte die Realität schlimmer sein als beschrieben. Jüngste Ereignisse sind bedrohlich. In der Antarktis ist dieses Jahr das Conger-Schelfeis kollabiert – eine große Eisfläche, die etwa der Fläche von Los Angeles entspricht. Der Krieg in der Ukraine verursacht massive Emissionen, die in dem Bericht natürlich nicht berücksichtigt werden. Längerfristig

„könnte er „möglicherweise einen grünen Übergang beschleunigen, da die westlichen Märkte von russischen fossilen Brennstoffen abgeschnitten werden“, wie die Londoner Financial Times in einem Leitartikel argumentiert.

Die taz warnt jedoch, dass es unmöglich sein könnte, zurück unter die 1,5-Grenze zu kommen, wenn sie einmal überschritten ist. Das Risiko ist, dass wir Kipppunkte erreichen, die die globale Erwärmung beschleunigen. So könnte etwa das Auftauen des Permafrosts das Treibhausgas Methan freisetzen.

LINKS

IPCC: Climate change 2022 – Impacts, vulnerabilities and adaptation (Summary for policymakers)

https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf

IPCC: Climate change 2022 – Mitigation of climate change (Summary for policymakers)

https://report.ipcc.ch/ar6wg3/pdf/IPCC_AR6_WGIII_SummaryForPolicymakers.pdf



ROLI MAHAJAN

ist freiberufliche Journalistin in Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com

Was der IPCC tut

Der Weltklimarat (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) ist ein von den Vereinten Nationen einberufenes Expertengremium. Er gibt einen Überblick über die wissenschaftliche Forschung zur globalen Erwärmung und erstellt regelmäßige Sachstandsberichte.

Der sechste Sachstandsbericht des IPCC erscheint derzeit. Drei Teilberichte wurden bereits veröffentlicht. Der erste befasste sich mit den physikalischen Grundlagen des Klimawandels, der zweite mit der Anpassung und der dritte mit der Bewälti-

gung (siehe Hauptartikel). Der letzte Teil erscheint im Oktober und fasst die Ergebnisse im Vorfeld des diesjährigen UN-Klimagipfels COP27 in Sharm el Sheikh, Ägypten, zusammen.

Die IPCC-Sachstandsberichte sind die umfassendsten wissenschaftlichen Bewertungen des Zustands des Erdklimas. Nie zuvor in der Geschichte gab es Bemühungen dieses Ausmaßes, wissenschaftliche Erkenntnisse zusammenzutragen. Vor der Veröffentlichung müssen die Dokumente von den Regierungen der 195 Mitgliedstaaten genehmigt wer-

den. Die Berichte spiegeln den wissenschaftlichen Konsens wider, wie die nationalen Regierungen ihn einschätzen.

Hunderte von Wissenschaftlern aus vielen Ländern tragen zu den IPCC-Berichten bei. So haben beispielsweise 270 Forscher aus 67 Ländern zum jüngsten IPCC-Anpas-



IPCC-Vorsitzender Hoesung Lee.

sungsbericht beigetragen, der Ende Februar erschien.

Der IPCC wurde 1988 gegründet und hat seinen Sitz in Genf. Zusammen mit Al Gore, dem Klimaschützer und ehemaligen US-Vizepräsidenten, wurde er 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Der letzte Sachstandsbericht wurde vor acht Jahren veröffentlicht.

Der südkoreanische Wirtschaftswissenschaftler und derzeitige IPCC-Vorsitzende Hoesung Lee sagt, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel „weit verbreitet ist, schnell voranschreitet und sich intensiviert“ und „die Gesundheit unseres gesamten Planeten“ bedroht. **RM**



Naturkatastrophen wie diese Überschwemmung 2020 im Sudan tragen zur Überschuldung von Ländern bei.

STAATSVerschuldung

Schuldenerlasse zur Erreichung der Klimaziele?

Schuldenkrise und Klimakrise spitzen sich zu – und verstärken sich gegenseitig. Schuldenumwandlungen für Klimafinanzierung – der Verzicht auf Forderungen seitens der Gläubiger, wenn ein Schuldnerstaat sich im Gegenzug verpflichtet, in Klimamaßnahmen zu investieren – können helfen, die Klimaziele zu erreichen. Ein Allheilmittel sind sie jedoch nicht.

Von Malina Stutz

Die Corona-Pandemie hat kritisch verschuldete Staaten noch weiter in die Schuldenfalle getrieben. Nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern auch Weltbank und Internationaler Währungsfonds fordern rasche und umfassende Schuldenerlasse. Gleichzeitig braucht es Lösungen zum Umgang mit dem Klimawandel.

Der Vorschlag von Schuldenumwandlungen (Debt-Swaps) klingt deshalb gut. Dabei einigen sich Schuldner und Gläubiger darauf, dass einem verschuldeten Staat die Schulden erlassen werden, sofern die frei-

werdenden Mittel in Klimamaßnahmen investiert werden. Seit den frühen 1990er Jahren spielen Debt-Swaps für soziale oder ökologische Zwecke in der Entwicklungspolitik eine Rolle.

Auch die Bundesregierung verfügt mit der sogenannten deutschen Schuldenumwandlungsfazilität über ein Instrument, welches es ihr erlaubt, jährlich auf bis zu 150 Millionen Euro Rückzahlungen zu verzichten, sofern sich das Empfängerland zu entsprechenden Maßnahmen verpflichtet. Da die Bundesregierung diese Mittel in den vergangenen Jahren nicht annähernd ausgeschöpft hat, bietet sich hier eine Chance, die Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens zu erhöhen.

BEGRENZTE WIRKUNG VON SCHULDEN- WANDLUNGEN

Allerdings ist die Wirksamkeit solcher Schuldenumwandlungen begrenzt. So wie Schuldenumwandlungen in der Vergangenheit umgesetzt wurden, sind sie zu klein, zu lang-

sam und in ihrer fiskalischen Bilanz zu uneindeutig, um Schuldenkrisen zu lösen oder nennenswerte Mittel für den Klimaschutz zu mobilisieren. Sofern es einem Schuldnerstaat noch möglich ist, seinen Schuldendienst pünktlich zu bedienen, kann nur von Gläubigern mit explizit entwicklungspolitischem Mandat angenommen werden, dass sie Schuldenumwandlungen freiwillig zustimmen. Dies sind primär westliche öffentliche Gläubiger, die jedoch nur noch einen relativ geringen Anteil an Forderungen gegenüber Niedrig- und Mitteleinkommensländern halten. Die Umwandlung dieser Schulden würde nur relativ geringe Mittel für den Klimaschutz mobilisieren. Wenn Staaten hingegen unmittelbar die Zahlungseinstellung droht, brauchen sie einen echten Schuldenschnitt – keine Umwandlung.

Sowohl von Wissenschaftlern als auch von Schuldnerstaaten selbst wird daher die Kombination von Schuldenumwandlungen und echten Erlassen vorgeschlagen. Demnach soll ein relevanter Teil der Schulden erlassen werden, während ein weiterer Teil für Investitionen in klimapolitische Maßnahmen umgeschuldet wird.

ÖKOLOGISCHE KONDITIONIERUNG VON SCHULDENERLASSEN

Andere Vorschläge konzentrieren sich auf die Konditionierung von Schuldenerlassen. Im Vergleich zu klassischen Schuldenumwandlungen geht es dabei nicht darum, dass

die durch den Erlass freiwerdenden Mittel unmittelbar in klimapolitische Maßnahmen investiert werden. Schuldnerstaaten sollen langfristig zu einer klimapolitisch verantwortlichen Politik verpflichtet werden. So fordern Wissenschaftler zum Beispiel, dass Schuldnerstaaten sich im Gegenzug für Schuldenerlasse dazu verpflichten, die Förderung fossiler Energien einzustellen und langfristig den Ausbau regenerativer Energien zu fördern.

Angesichts der enormen klimapolitischen Herausforderungen erscheint dies zunächst plausibel. Es müssen aber neokoloniale Tendenzen vermieden werden. Schuldnerstaaten sollten nicht zum Ausbau regenerativer Energien verpflichtet werden, um den Energiehunger westlicher Staaten zu stillen. Und der Bau von Wasserkraftwerken oder ähnlichen Projekten darf nicht dazu führen, dass sich die Lebensbedingungen für die lokale Bevölkerung im Schuldnerstaat weiter verschlechtern.

Sofern Schuldenerlasse an Konditionen geknüpft werden, ist es daher zentral, zu beachten, dass bei den auferlegten Kon-

ditionen vor allem die Auswirkungen auf vulnerable Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, deren Lebensumstände nicht noch schlechter werden dürfen.

VERBINDLICHE BETEILIGUNG

Sowohl bei Schuldenumwandlungen als auch bei echten Schuldenerlassen ist zudem die Koordination der Gläubiger eine besondere Herausforderung. Anders als für Privatpersonen und Unternehmen gibt es für Staaten kein rechtsstaatliches Verfahren zur Restrukturierung ausstehender Schulden.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens zu unterstützen. Durch die diesjährige deutsche G7-Präsidentschaft bietet sich ihr ein wichtiger Ansatzpunkt, konkrete Reformen in diesem Sinne anzustoßen. Wichtig wäre das nicht zuletzt, da klimabedingte Naturkatastrophen zunehmen und dazu beitragen werden, dass Staaten ihre Schuldenlast nicht mehr tragen können.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Kaiser, J., 2022: Gestern Schulden, heute Entwicklungsfinanzierung. Sind Schuldenumwandlungen ein Weg aus der Krise? In: *erlassjahr.de*, Misereor (Hrsg): *Schuldenreport 2022*. <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/01/SR22-online-Artikel-5-Gestern-Schulden-heute-Entwicklungsfinanzierung.pdf>
- Kaiser, J., 2020: Wenn der Klimawandel zur Schuldenfalle wird. Mit Schuldenerlass Schäden und Verluste bewältigen. In: *erlassjahr.de*, Misereor (Hrsg): *Schuldenreport 2020*. <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/SR20-online-.pdf>
- Volz, U., et al., 2020: Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery. A Proposal <https://drgr.org/files/2021/01/DRGR-report.pdf>



MALINA STUTZ
ist politische Referentin bei *erlassjahr.de*.
m.stutz@erlassjahr.de

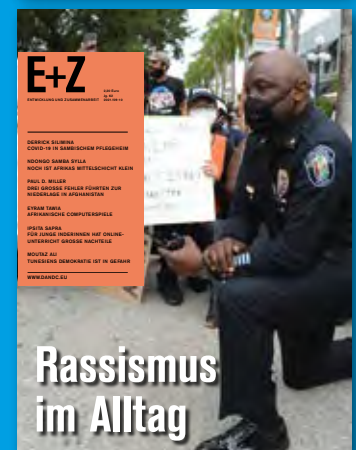


GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



MEDIENENTWICKLUNG

Allen Stimmen Gehör verschaffen

Es ist wichtig, Meinungsfreiheit auf lokaler Ebene zu fördern und zu stärken. Dabei spielt das Radio eine zentrale Rolle. Es kann Fake News in sozialen Medien und Vorurteilen gegenüber anderen Völkern oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen entgegenwirken. Die DW Akademie unterstützt in ihren Medienprojekten diese Aktivitäten vor Ort – zum Beispiel in Uganda oder Pakistan.

Von Sheila Mysorekar

Seit 2016 gibt es im Südsudan Bürgerkrieg, und immer, wenn die Gewalt neu aufflammt, flüchten die Menschen über die Grenze ins Nachbarland Uganda. Dieses Land, das 1,5 Millionen Geflüchtete beherbergt, hat eine sehr offene Flüchtlingspolitik. Schutzsuchende können ungehindert kommen und sich frei im Land ansiedeln. Aber die Ressourcen sind begrenzt, und die Toleranz der Ugander nimmt ab.

Deshalb ist es wichtig, dass lokale Medien den Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen ermöglichen und dass auch die Stimmen von Geflüchteten in der ugandischen Gesellschaft hörbar sind. Oft genug ist dies nicht der Fall – es fehlt an Zugang oder es gibt Sprachbarrieren. Deswegen ist die Unterstützung lokaler Medien durch internationale Medienentwicklungsorganisationen wie der DW Akademie sehr wichtig; sie bekommen dadurch Finanzierung und Know-how, um besser zu berichten und eine große Bandbreite an Stimmen in ihr Programm einzubeziehen. Dies stärkt die Meinungsfreiheit sowie den Pluralismus und damit die Zivilgesellschaft insgesamt.

Ein Beispiel ist ein Community-Dialog in der Kleinstadt Gulu in Nord-Uganda. Hier leben seit rund fünf Jahren geflüchtete Familien aus dem Südsudan; die meisten vom Volk der Dinka. Zum Dialog trafen sich zwischen den Lehmhütten Geflüchtete und Ugander, darunter Behördenvertreter, Lokalpolitiker und Vertreter von Hilfsorganisationen.

Die geflüchteten Südsudanesen sprachen über ihre Situation und über die Probleme, die sie haben. Vielen fehlen gültige

Papiere, und sie finden keine Arbeit. Die jungen Männer beklagten sich über Diskriminierung, als Südsudanese würde ihnen oft nachgesagt, aggressiv zu sein. Südsudan ist ein Bürgerkriegsland; der Ruf als Krieger eilt den Geflüchteten voraus. Die Politiker und Beamten hörten aufmerksam zu. Selten haben sie die Gelegenheit, direkt mit Geflüchteten zu sprechen, obwohl sie über deren Wohlergehen entscheiden. Und noch seltener können die Betroffenen ihre Sicht der Dinge darstellen.

Organisiert wurde dieser Community-Dialog von Speak FM, einem lokalen Bürger-radio aus Gulu. Seit Wochen wurde das Treffen im Radio angekündigt. Der Dialog wurde aufgezeichnet und gesendet. Ein bekannter Radiomoderator leitete das Gespräch und motivierte die Teilnehmenden, frei zu reden. Die Message sei klar, sagt Jane Angom, Redaktionsleiterin von Speak FM: „Ihr seid ein Teil dieser Gesellschaft; eure Meinung ist uns wichtig. Meinungsfreiheit soll auch von Geflüchteten ausgeübt werden.“

Dieser Community-Dialog in Gulu gehörte zu einer Reihe solcher Treffen von Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft, die im Herbst 2021 in neun Orten in Nord-Uganda und sieben Orten im Südsudan stattfanden. Sie wurden von lokalen Radiostationen organisiert und durch die DW Akademie unterstützt (siehe Kasten nächste Seite).

GEGEN STEREOTYPE BERICHTERSTATTUNG

In anderen Projekten der DW Akademie geht es darum, eine permanente Veränderung der Diskussionskultur im jeweiligen Land zu erreichen, auch um Presse- und Meinungsfreiheit zu stärken. So soll etwa der Ausschluss marginalisierter Gruppen oder die Hasssprache gegenüber Minderheiten bekämpft werden, zum Beispiel in Pakistan.

Pakistanische Medien berichten oft sehr stereotyp über die 7,5 Millionen Menschen des Landes, die zu einer nichtmuslimischen religiösen Minderheit gehören. Diese sind in der Regel marginalisiert oder gar nicht präsent im öffentlichen Diskurs. In den sozialen Medien werden sie zunehmend verunglimpft.

Auch die Berichterstattung über Frauen ist meist sehr einseitig. „Sie werden als Sexobjekte dargestellt und als Opfer von Missbrauch, werden also in den Medien



Community-Dialog in Gulu, Nord-Uganda.

häufig zum Objekt gemacht“, sagt Amber Rahim Shamsi, eine prominente und beliebte Nachrichtensprecherin in Pakistan. „In der Werbung werden Männer als dominant und beeindruckend dargestellt, Frauen dagegen als unterwürfig.“

In Pakistan organisierte die DW Akademie daher Weiterbildungen und eine Vernetzungskonferenz zum Thema Diversitäts- und diskriminierungssensible Berichterstattung. Der Fokus lag auf vier

marginalisierten Gruppen: Frauen, religiöse Minderheiten, Transpersonen und behinderte Menschen. Die Weiterbildung zeigte Erfolg: Viele Journalisten aus dem Projekt produzierten im Anschluss Berichte zu Diversity-Themen und wurden dabei von den Trainern weiter begleitet.

Während es in Pakistan gut möglich ist, über geschlechtliche Identität – etwa die Belange von Transpersonen – zu diskutieren, ist es weiterhin sehr riskant, das Thema

sexuelle Orientierung anzusprechen. Um in einer lokalen Medienlandschaft strukturelle Veränderungen in Bezug auf diversitätssensible Berichterstattung zu erreichen, sind daher Folgeprojekte vonnöten.



SHEILA MYSOREKAR
ist freie Journalistin und Senior Consultant bei der DW Akademie.
sheila.mysorekar@dw.com

Erfolgreich in der Mongolei

Strategische Medienentwicklung kann einen positiven Einfluss auf das politische und rechtliche Umfeld eines Landes haben. Das zeigt das Beispiel der Mongolei, wo das Engagement der DW Akademie recht erfolgreich war.

Mit dem Zerfall des Ostblocks gab es in der Mongolei ab 1990 einen friedlichen Übergang zu einem demokratisch-parlamentarischen Regierungssystem, und es folgte ein beispielloser Medienboom. So steht einer kleinen Bevölkerung von 3,2 Millionen Menschen heute ein Angebot von mehr als 450 Rundfunkkanälen und Druckerzeugnissen zur Verfügung.

Laut der Organisation Reporter ohne Grenzen werden diese Medienhäuser zu fast drei Viertel durch Politiker oder mit der Politik verflochtenen Unternehmen gesteuert. Kampagnenjournalismus und politische Propaganda gehen dabei eine problematische Mischung ein.

Die DW Akademie ist Deutschlands größte internationale Medienentwicklungsorganisation. Im Zentrum ihrer Arbeit steht Artikel 19 des UN-Zivilpakts: das Menschenrecht auf Zugang zu Information und freie Meinungsäußerung. Die

DW Akademie ist strategischer Partner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), bekommt aber auch Mittel vom Auswärtigen Amt, der Europäischen Union oder anderen Gebern. Sie ist in rund 50 Entwicklungs- und Schwellenländern tätig.

Journalistische Unabhängigkeit war das Kernthema des seit 2013 laufenden Langzeitprojekts der DW Akademie in der Mongolei. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung förderte und beriet sie 2015 eine Initiative zur Gründung des Medienrats „Media Council of Mongolia“ (MCM), einer privaten Institution der Medien selbstregulierung nach europäischem Vorbild.

„Für uns wurde damals ein Traum wahr“, sagt Gunjidmaa Gongor, Mitgründerin und heute hauptamtliche Direktorin des mongolischen Medienrats. „Wir sahen, dass Journalisten sich für PR-Kampagnen einspannen ließen oder gegen Geld Nachrichten unterdrückten. Wir mussten etwas tun, um die professionellen und ethischen Prinzipien unseres Berufsstandes zu schützen.“

MCM etablierte einen nationalen Ethikkodex für die

Medien und einen Beschwerdemechanismus bei Verstößen dagegen. Zu Mitgliedern seiner Ethikkommissionen berief der Medienrat aktive Journalisten, Medieneigentümer und Vertreter der Zivilgesellschaft. Mehr als 500 Fälle hat MCM seit 2015 geschlichtet und seine Entscheidungen öffentlich begründet.

Der Erfolg hatte durchaus ungeplante Nebenwirkungen: 2017 beschloss das mongolische Parlament, dass Beleidigungen und andere sogenannte „Ehrendelikte“ als Ordnungswidrigkeiten behandelt und durch die Polizei verfolgt werden sollen. Das bedeutete, dass plötzlich Polizeibeamte über journalistische Kritik an einflussreichen Personen zu entscheiden hatten. „Für uns eine Unmöglichkeit“, erklärt MCM-Direktorin Gongor. „Polizisten sind nicht dafür ausgebildet, Persönlichkeitsrechte der Mächtigen und das Grundrecht der Pressefreiheit gegeneinander

abzuwägen. Deshalb haben wir uns öffentlich gegen diese Regelung positioniert.“ Zwei Jahre später wurde der umstrittene Paragraph gestrichen. Dadurch hatte sich der MCM als eine neue, wichtige Stimme etabliert.

Während der Coronapandemie gab es Rückschläge, denn der mongolische Staat stellte die Nutzung nichtstaatlicher Quellen in der Krisenberichterstattung pauschal unter Strafe. Erstmals seit der demokratischen Öffnung 1990 führte dies zu zensurähnlichen Maßnahmen gegen die Medien des Landes. Der Medienrat dokumentierte und kritisierte diese in einer Reihe öffentlicher Stellungnahmen.

Die gute Nachricht: Aus Fördermitteln der Globalen Kriseninitiative (GKI) des BMZ konnten der mongolische Medienrat und die DW Akademie ab Frühjahr 2021 ein Projekt zur Aufarbeitung dieses medienpolitischen Konflikts entwickeln. Inzwischen gibt es sogenannte Crisis Communication Chapter (CCC), in dem Journalisten, staatliche Experten und zivilgesellschaftliche Organisationen neue Kanäle und Formate der Krisenkommunikation diskutieren und erproben. So soll künftig auch in Krisenzeiten die Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet werden.

SHMY



RECHTSSTAATLICHKEIT

Ende der demütigenden Jungfräulichkeitstests

Sexuelle Gewalt gibt es weltweit, die Opfer sind meist Frauen. Oft werden die Taten nicht geahndet – auch, weil die gerichtliche Strafverfolgung für Opfer belastend sein kann. Das ist auch in Pakistan so, aber hier ändert sich gerade manches zum Besseren.

Von Marva Khan

Seit Januar 2022 ist Ayesha Malik als erste Frau Richterin am Obersten Gerichtshof Pakistans. Ihre Berufung zeigt, dass die Gender-Gerechtigkeit vorankommt. Schon zuvor hatte sie viel dafür getan, um Frauen den Zugang zur Justiz zu erleichtern.

Als Richterin am Hohen Gerichtshof von Lahore fällte Malik 2021 ein wegweisendes Urteil im Fall Sadaf Aziz gegen Pakistan. Seither müssen Opfer sexueller Gewalt weniger Angst davor haben, Täter zu verklagen. Malik entschied, dass Tests auf Jungfräu-

lichkeit gegen die Grundrechte auf Leben, Gleichheit, Würde und Privatsphäre verstoßen, die in der pakistanischen Verfassung verankert sind. Damit spielt die sexuelle Vorgeschichte eines Vergewaltigungsopfers in der Strafverfolgung keine Rolle mehr.

Zuvor waren in Vergewaltigungsfällen bei unverheirateten Frauen und Mädchen zutiefst demütigende Prozeduren die Regel. Ein Arzt führte dazu zwei Finger in die Vagina ein und beurteilte, ob dies leicht und schmerzfrei ging. Befand er, das Jungfernhäutchen sei bereits vor der Straftat gerissen, galt das Opfer als „an Geschlechtsverkehr gewöhnt“, „unmoralisch“ oder „unkeusch“. Fehlten zudem Blutergüsse, stützte das sein Urteil. Allzu oft wiesen Gerichte Vergewaltigungsfälle aufgrund solcher Diagnosen ab. Würden Täter doch bestraft, fiel die Strafe milder aus, wenn das Opfer einen vermeintlich zweifelhaften Ruf hatte. Das

Ansehen der betroffenen Person litt darunter auf Dauer.

Richterin Malik urteilte, die Praxis solcher Tests auf Jungfräulichkeit entbehre jeglicher wissenschaftlicher Grundlage. Im männerdominierten Pakistan besetzen Männer fast alle Richterstellen. Im vergangenen Jahr war Malik eine von nur sechs Richterinnen, aber 109 Richtern an den fünf Hohen Gerichtshöfen Pakistans. Der Hohe Gerichtshof von Lahore ist zwar nur für den Punjab zuständig, aber Malik forderte in ihrem Urteil, die Tests auf Jungfräulichkeit landesweit abzuschaffen.

Das wurde gehört. Der Oberste Gerichtshof schloss sich an und entschied im Fall Atif Zaheef gegen den Staat, Tests auf Jungfräulichkeit dürften in Fällen sexueller Gewalt keine Rolle spielen. Die Erwähnung der sexuellen Vorgeschichte eines Opfers verstoße gegen deren Recht auf Leben, Freiheit, Privatsphäre und Würde. Wenig später wiesen die Provinzregierungen von Punjab und Sindh die Gesundheitsämter an, nicht mehr auf Jungfräulichkeit zu testen.

Hoffentlich werden nach Maliks Berufung an den Obersten Gerichtshof Opfer sexueller Gewalt von Gerichten auch in anderer Hinsicht mit mehr Respekt behandelt werden. Beispielsweise gibt es oft gute Gründe dafür, der Polizei ein Verbrechen erst mit Verzögerung zu melden.

Meist wird angenommen, Opfer gingen sofort zur Polizei – es sei denn, sie hätten etwas zu verbergen. Das stimmt aber nicht. Leider gilt Zögern bei Anzeigeerstattung als Zeichen einer bestehenden Beziehung oder zumindest Zustimmung zur sexuellen Handlung. Im Fall einer gelähmten Frau entschied der Hohe Gerichtshof von Sindh, sie habe der Tat zugestimmt – weil sie Familie und Polizei nicht sofort informiert hatte.

WESHALB OPFER SCHWEIGEN

Dass Vergewaltigungsopfer oft schweigen, hat ganz andere Gründe. Sexuelle Gewalt verletzt die Opfer seelisch schwer. Die Erfahrung von Hilflosigkeit und Verletzlichkeit traumatisiert, und der Übergriff auf die Intimsphäre verursacht Scham. Oft können die Opfer nicht einmal nahestehenden Menschen sagen, was passiert ist.

Besonders schwierig ist es, wo es an sexueller Aufklärung fehlt. Teenagerinnen etwa verstehen oft kaum, was ihnen widerfahren ist. Zudem haben viele nie gelernt,



Ayesha Maliks Vereidigung als Richterin am Obersten Gerichtshof am 24. Januar 2022.

dass sie „Nein“ sagen dürfen, selbst gegenüber Höhergestellten.

Sich vor Fremden erklären zu müssen – vor Polizisten, Anwälten und Richtern –, ist schon für sich genommen beängstigend. Leider verstärken Gerichtsverfahren das Trauma oft, weil Opfer sich erneut entblößt, beschämt und missbraucht fühlen. Also werden Vergewaltigungen weltweit zu selten angezeigt wird – und die Wahrscheinlichkeit, dass Täter straffrei bleiben, wächst.

Wo Verbrechen regelmäßig ungeahndet bleiben, fühlen sich Menschen indessen nicht sicher. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, gilt es, sexuelle Gewalt konsequent zu verfolgen. Die Opfer müssen dem Rechtssystem trauen können. Maliks Urteil am Höheren Gerichtshof erlaubt es Pakistan, wichtige Schritte zu unternehmen, um derartiges Vertrauen zu schaffen.

Bereits zuvor gab es Fortschritte: Unter Premierminister Nawaz Sharif verabschiedete die Regierung im Jahr 2016 Gesetze, die die Lage für Vergewaltigungsopfer verbesserten. Wichtige Aspekte sind:

- das Verbot, die Identität eines Opfers zu enthüllen, um sie vor öffentlicher Demütigung zu schützen,
- mehr Schutz für weibliche Zeugen und
- härtere Strafen für den Missbrauch Minderjähriger und von Menschen mit Behinderung sowie für jene, die ihre Machtposition dazu missbrauchten, um andere zu vergewaltigen.

Generell hat sich die Rechtssicherheit seit 2008 in Pakistan in vielerlei Hinsicht trotz mancher Rückschläge verbessert. Besonders wichtig ist, dass Pakistan derzeit seine dritte gewählte Regierung in Folge hat, und 2013 und 2018 friedliche Machtwechsel stattfanden. Neue Gesetze bieten Schutz gegen genderbasierte Verbrechen. Schwächere erfahren mehr Unterstützung.

Die Zivilgesellschaft ist zudem besser organisiert und dynamischer, wie etwa der jährliche Aurat-Marsch zeigt – Demonstrationen zum internationalen Frauentag, die in ganz Pakistan stattfinden. Sicherlich muss noch viel passieren – auch beim rechtlichen

Umgang mit sexueller Gewalt. Wie in vielen anderen Ländern spielen die Moral und Keuschheit der Opfer vor pakistanischen Gerichten immer noch eine zu große Rolle. Beispielsweise fragen die Richter nach der Kleidung des Opfers. Knallige Farben oder „freizügige“ Kleider gelten als unsittlich. Sich ohne Begleitung im öffentlichen Raum aufzuhalten wird als Provokation gewertet, besonders nach Einbruch der Dunkelheit. Leider konzentrieren sich die Gerichte oft mehr auf die vermeintliche Persönlichkeit des Opfers als auf die erlittene Gewalt.

Probleme dieser Art sind weit verbreitet. In Pakistan verbessert sich die Lage – und so wird der Alltag für Frauen und Mädchen Schritt für Schritt etwas sicherer.



MARVA KHAN

ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences) und Mitbegründerin

des Pakistani Feminist Judgments Project.

marva.khan@lums.edu.pk

Vergewaltigungsrecht in Pakistan

Viele Gesetze in Pakistan stammen aus der Kolonialzeit. Das aktuelle Strafgesetz wurde 1860 vom Britischen Empire eingeführt. Er beinhaltet mehr als 500 Vorschriften, auch dazu, was als Vergewaltigung zählt und wie sie zu bestrafen ist.

Das Vergewaltigungsrecht wurde mehrfach angepasst, besonders drastisch unter der Militärdiktatur von Mohammed Zia-ul Haq (1977 bis 1988). Doch in den vergangenen 15 Jahren verbesserte sich die Lage (siehe Hauptartikel).

In Südasien bilden die Hijras – zumeist physisch männlich Geborene, die eine weibliche Geschlechtsidentität haben – historisch ein drittes Geschlecht. Viele leben das aus, was in der westlichen Kultur als homosexuelle Prak-

tiken bezeichnet wird. Im Jahr 1871 ächtete die britische Kolonialmacht diese Gruppe und machte Homosexualität illegal. Die Strafen für „Sodomie“ und „widernatürliche Handlungen“ waren teils hart. Diese Begriffe umschrieben sexuelle Aktivitäten jenseits der peno-vaginalen Penetration, ob einvernehmlich oder erzwungen. Als Vergewaltigung galt allerdings ausschließlich die peno-vaginale Penetration einer Frau durch einen Mann. Innerhalb der Ehe galt sie als unmöglich, da man das Einverständnis der Frau grundsätzlich voraussetzte.

Das britische Recht sollte explizit die viktorianische Moral stärken. Tatsächlich aber gab es mächtigen Männern schlicht das Recht, zu tun, was sie wollten. Sie wussten, dass

sie niemand vor Gericht bringen würde – allein schon aus Scham.

Pakistan hielt sich jahrzehntelang an solche kolonialen Normen und erkannte nur das männliche und das weibliche Geschlecht an. Das änderte sich 2009, als ein Hoher Gerichtshof die Grundrechte der Hijras anerkannte. Im Jahr 2017 wurden Gesetze zu ihrem Schutz verabschiedet. Leider werden Hijras weiter marginalisiert und ausgebeutet. Dennoch belegen die Änderungen



im Recht, dass Pakistan Fortschritte macht.

Nicht alle Probleme sind der früheren Kolonialmacht anzulasten. Von den späten 1970er bis in die späten 1980er Jahre ging es General Zia-ul-Haq darum, die „Islamisierung“ zu stärken (Maryam Khan gab 2015 eine Einschätzung islamistischer Tendenzen in Pakistan auf www.dandc.eu). Seine „Haddood“-Verordnung von 1979 erschwerte es Vergewaltigungsopfern noch mehr, Anzeige zu erstatten. Um einen Vergewaltiger schuldig zu sprechen, brauchte es vier männliche Zeugen. Fehlten diese, konnte ein Opfer sexuellen Missbrauchs wegen Ehebruchs belangt werden – nach Haddood-Recht auch eine Straftat. So war das Muster, Opfer sexualisierter Gewalt zu Tätern zu machen, zu kaum einer Zeit stärker ausgeprägt als unter Zia. MK

KLIMAPOLITIK

Marktanreize reichen nicht

Weltweit werden diverse Green Deals formuliert. Angesichts großer Gefahren ist das zu wenig.

Von Praveen Jha

Wissenschaftlich ist völlig klar, dass die eskalierende Klimakrise die Menschheit in die Katastrophe führt. Seit langem bestätigen das die Berichte des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC), wobei der Ausblick immer bedrohlicher wird. Im sechsten Assessment Report des IPCC waren selbst die optimistischen Szenarien düster. Nie zuvor gab es solche Anstrengungen, alle einschlägigen Studien weltweit zu erfassen. Aber erstaunlicherweise reagiert die Politik nicht mit überzeugenden und wirksamen Konzepten.

Politiker wissen, worum es geht. Dafür sorgen die jährlichen UN-Klimagipfel. 200 Länder nahmen im November an dem wegen Corona um ein Jahr vertagten Glasgower Spitzentreffen teil. Die Medien berichteten darüber, was uns droht und was dagegen getan werden muss. Dennoch konstatierte UN-Generalsekretär Antonio Guterres: „Un-

ser fragiler Planet hängt an einem seidenen Faden.“ Ohne schnelles Umschalten in den Katastrophenmodus werde die Chance, Null-Emission zu erreichen, selbst auf null sinken.

Es sind sehr mächtige Kräfte am Werk. Diejenigen, die vom fossilen Kapitalismus profitieren, drängen die Menschheit an den Abgrund. Profit hat für Konzerne Priorität, nicht das Gemeinwohl. Markt-Orthodoxie diskreditiert derweil Staatshandeln. Ob gewählt oder nicht, die Regierungen in Nord und Süd scheinen einem Kult verfallen, der die Privatwirtschaft preist.

Die zentrale Aufgabe ist, die gesamte Wirtschaftstätigkeit auf einen Nachhaltigkeitspfad zu bringen. Dafür ist entschlossenes Handeln nötig. Nur richtige Marktanreize zu setzen wird nicht reichen. Dennoch verharnt die multilaterale Politik in Paradigmen, die Konzernmacht weder infrage stellen noch stimmig regulieren.

Derweil ändert sich die Unternehmensrhetorik durchaus. Der Finanzmarktgigant BlackRock fordert mittlerweile mehr Staatsaufwand für Klimaschutz. Viele multinationale Konzerne haben inzwischen

Nachhaltigkeitsstrategien. Weil es aber keine Kriterien gibt, um Greenwashing aufzudecken, bringt das alles nicht viel.

Wir brauchen eine Transformation der Weltwirtschaft – angeboten werden stattdessen elegante PR-Broschüren und einige neue Geschäftsmodelle, von denen manche vermutlich nützlich sind, andere zum Eintreiben von Subventionen dienen und wieder andere wohl Schaden anrichten. Um nur einen Schwachpunkt zu nennen: Viele Unternehmen wollen mit Aufforstung ihre Treibhausgasemissionen ausgleichen. Was für einzelne Firmen funktionieren kann, ist aber nicht für alle möglich. Dafür fehlt ganz einfach der Platz auf dieser Erde.

GREEN DEALS

Das, was bislang auf der politischen Agenda steht, reicht nicht. International entstehen immer mehr Green Deals. Sie bleiben aber hinter dem zurück, was nötig ist. Grundsätzlich wird versucht, dem Beispiel von US-Präsident Franklin D. Roosevelt zu folgen. Mit umfangreichen Staatsausgaben schuf sein New Deal neue Infrastruktur und neue Arbeitsplätze, womit er die Depression der 1930er Jahre beendete.

Aktuelle Konzepte verbinden oft Konjunkturpolitik wegen Covid-19 mit Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Leider überzeugen viele davon nicht. Im Fall der USA stecken die Vorschläge von Präsident Joe Biden im Senat fest (siehe Katie Cashman in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z 2022/02), und selbst ihre Umsetzung würden die USA noch nicht nachhaltig zu machen. Im Rahmen ihres European Green Deal hat die EU kürzlich Atomkraft und Gas als „nachhaltig“ anerkannt. Dabei sorgt Atomkraft für weiterhin ungelöste Probleme mit radioaktivem Müll, und Gas ist ein fossiler Brennstoff. Beobachter in ärmeren Weltgegenden erkennen klar, dass diejenigen, die weltweite Führungsrollen beanspruchen, zu Hause ihren exzessiven Ressourcenkonsum nicht beenden.

Verstörenderweise verharren die Green Deals auch in konventioneller Wirtschaftsdogmatik. Sie stellen die kumulative Gier des Kapitalismus nicht infrage. Sie ist jedoch der schlimmste Umweltzerstörer überhaupt. Allzu gern wird missachtet, dass auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen kein unbegrenztes Wachstum möglich ist. Derweil stützen sich Green Deals auf Öko-



Neu-Delhi, September 2021: Teilnehmerin am globalen Klimastreik.

Anleihen, CO₂-Credits und andere Finanzinstrumente, die weitere Kapitalakkumulation ermöglichen. Dieser infantile Marktglaube ist unpolitisch und unhistorisch.

Natürlich sind nicht alle Konzepte gleich schwach. Einige Green Deals greifen progressive Ideen auf, um Ungleichheit zu reduzieren und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Es gibt sinnvolle Ansätze, um ökologische und gesellschaftliche Probleme im ökosozialistischen Sinne gleichzeitig zu lösen. Autoren wie Max Ajl (2021), John Bellamy Foster (2020) und Tom Perez (2021) haben darüber kluge Bücher geschrieben.

GLOBALE UNGLEICHHEIT

Angesichts eklatanter Ungleichheit und eskalierender ökologischer Gefahren braucht die Menschheit zweifellos globale Politik. Ein ernsthafter weltweiter Green Deal im Dienst von Klimagerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit wäre gut. Wir haben leider kein Global-Governance-System, das so etwas konzipieren, beschließen und umsetzen könnte. Wir haben nur eine Vielfalt multilateraler Institutionen mit unterschiedlichen Aufträgen und Eigentümerstrukturen, von denen viele den Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Klimarahmenkonvention (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change) ist dafür ein gutes Beispiel. Sie wurde vor drei Jahrzehnten beschlossen, und die jährlichen Klimagipfel sollen sie weiter entwickeln und umsetzen. Trotz gewisser kleiner Fortschritte rasen wir aber weiterhin auf die ökologische Katastrophe zu.

Klimagerechtigkeit ist ein globales Anliegen. Bislang leiden Länder mit niedrigem Einkommen – und dort die Armen – am stärksten unter Klimaschäden. Länder mit hohem Einkommen, welche die Atmosphären in viel höherem Maße belastet haben, verfügen derweil über mehr Möglichkeiten, sich an den ökologischen Wandel anzupassen. Der globalen Gerechtigkeit hilft es nicht, dass sie in multilateralen Kontexten unverhältnismäßig einflussreich sind, jedoch oft Versprechen nicht halten (siehe Saleemul Huq in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z 2022/02).

Wenn der durchschnittliche Temperaturanstieg weltweit unter 1,5 Grad bleiben soll, muss die Menschheit ein CO₂-Budget einhalten. Etwa 70 Prozent davon hat eine Handvoll reicher Länder im globalen Norden schon emittiert. Mittlerweile gehört

auch China zu den großen Verbrennern. Was ist mit den 70 Prozent der Weltbevölkerung, die in anderen, tendenziell südlichen Ländern mit weit anspruchsloseren Konsumgewohnheiten leben?

Das ist der Kontext, in dem das Beharren der indischen Regierung auf der Weiterverwendung von Kohle verständlich wird. Sie hat viel Kritik abbekommen, weil sie dafür sorgte, dass im Schlussdokument von Glasgow vom „Runterfahren“ der Kohle,

benachteiligte Gemeinschaften nicht noch weiter zurückfallen. Wir brauchen ökologische und soziale Gerechtigkeit.

Weltweit wehren sich Menschen in großen und kleinen sozialen Bewegungen. Sie fordern soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz. Die Klimastreiks, welche die schwedische Teenagerin Greta Thunberg initiiert hat, zeigen, dass es überall besorgte Menschen gibt. Ihr Engagement macht Mut, denn Weltuntergangsstimmung hilft nicht.



Arme trifft es am härtesten: westbengalische Zyklonschäden im Mai 2021.

aber nicht von ihrem „Auslaufen“ die Rede ist. Premierminister Narendra Modi ist sicherlich kein Held der sozialen Gerechtigkeit, und im Inneren vernachlässigt seine hinduistische Identitätspolitik die Minderheiten. An seiner Politik lässt sich viel aussetzen. Die Haltung seiner Regierung in Glasgow war aber stimmig. Ländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen darf nicht die Hauptlast des Klimaschutzes aufgebürdet werden. Wenn Europa weiterhin Gas braucht, braucht Indien ganz bestimmt weiterhin Kohle.

Wir stehen vor großen und vielschichtigen Herausforderungen. In einem kurzen Aufsatz lässt sich nicht alles ausführen. Dass wir entschlossenes Handeln brauchen und technokratische Marktinterventionen nicht reichen, ist aber offensichtlich. Schädliche Produktions- und Konsumgewohnheiten müssen verboten werden. Zudem dürfen

Die nötige Wende ist aber noch längst nicht erreicht. Thunberg lag nicht falsch, als sie den Glasgow-Gipfel kurz mit „weiteres Blablabla“ zusammenfasste.

QUELLEN

Ajl, M., 2021: *A people's green new deal*. London, Pluto Press.

Foster, J. B., 2020: *Return of nature: socialism and ecology*. New York, NYU Press.

Perez, T., 2021: *Green new deals in a time of pandemics*. Barcelona, ODG – Gratisdownload: https://odg.cat/wp-content/uploads/2021/02/GREENDEALS-ENG_ONLINE.pdf



PRAVEEN JHA
ist Professor für
Volkswirtschaftslehre an der
Jawaharlal Nehru University in
Neu-Delhi.

praveenjha2005@gmail.com

Liebe oder Geld

Auf Libyens Heiratsmarkt liegt Liebe in der Luft – und eine Menge Geld.

2021 erhielten 25 000 libysche Paare zur Hochzeit jeweils umgerechnet 8000 Euro als Hochzeitsgeschenk von der Regierung. Damit förderte die Regierung Eheschließungen mit insgesamt 200 Millionen Euro. 2022 will die Regierung weitere 200 Millionen Euro an 25 000 heiratswillige Paare ausgeben.

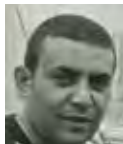
Das Sportministerium, das die Mittel auszahlt, will ein schnelles und einfaches Antragsverfahren. „Die Verwaltungs- und Finanzverfahren [sollten] innerhalb von 24 Stunden abgeschlossen sein“, sagte Premierminister Abdulhamid Dbeibeh bei Einführung des Programms.

Obwohl das Programm auf den ersten Blick harmlos erscheint – wer sollte etwas gegen die Förderung junger Liebe haben? –, wird es heftig kritisiert. Beobachter und Frauenrechtler befürchten, dass es zu Tausenden von Scheinehen oder Ehen auf wackliger Basis führen wird. Bald könnte eine Scheidungswelle folgen. Dafür gibt es schon erste Anzeichen. „Wir haben festgestellt, dass viele Scheidungsanträge von Zuschussempfängern nach sehr kurzen Ehen eingereicht wurden, was darauf schließen lässt, dass einige Ehen nur zum Erhalt des Zuschusses geschlossen wurden“, sagt Fathia Jadidy, leitende Redakteurin der libyschen Zeitung Sabbah.

Außerdem befürchten Kritiker, dass arme Familien ihre minderjährigen Töchter in ungewollte Ehen drängen, um Geld zu verdienen. „Es besteht die große Gefahr, dass sehr junge Mädchen nur für den Zuschuss heiraten“, sagt die Psychologin Arwa Alghoul. Sie fügt hinzu, dass diese Paare Dokumente fälschen könnten, um den minderjährigen Bräuten das gesetzliche Mindestalter von 18 Jahren für eine Heirat nachzuweisen.

Kritiker meinen, das Programm verschwende öffentliche Gelder, da viele Paare auch ohne Zuschuss geheiratet hätten. Zum Beispiel sagt ein Paar in den Zwanzigern, das anonym bleiben möchte, dass es heiraten wollte, bevor es von dem Zuschuss erfuhr. Aber sie beschwerten sich nicht. „Wir können das Geld nutzen, um unser neues gemeinsames Leben aufzubauen, etwa ein kleines Unternehmen zu gründen und einige Schulden zu tilgen“, sagen sie.

Positiv ist, dass der Zuschuss für junge Paare in einem Land mit hohen Wohnkosten und hoher Arbeitslosigkeit nützlich sein kann. „Trotz der Nachteile hat das Zuschussprogramm vielen Paaren geholfen, sich ein Zuhause aufzubauen“, sagt Journalistin Jadidy.



MOUTAZ ALI
und Amel Sabri sind
Journalisten in Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com



IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.4.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

Editorial office D+C
19.729 Tweets

D+C **Folgen**

Editorial office D+C
@forumdc
D+C Development and Cooperation is a weomagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: msa@jy/6013XuD57
Frankfurt, Germany [@blindes](#) Seit Januar 2016 bei Twitter
2.248 **folgt** **14.535** **folger**

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std.
Poverty is widespread in Zambia, women and girls are particularly disadvantaged in a largely unequal society.
Catholic nuns believe there can be a better future for them - and support them.
ASDGL #SDG1 #werk

[@blindes](#)
Catholic nuns try to help young women in Zambia ... Catholic nuns are providing skills training to young women in Zambia to help them escape poverty.

Twitter durchsuchen

Neu bei Twitter?
Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten.

Mit Apple registrieren

Mit Telefonnummer oder E-Mail-Ad...

Indem du dich registrierst, stimmst du den [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) und [Datenschutzrichtlinien](#) sowie der Nutzung von Cookies zu.

Was dir gefallen könnte

- Navicosoft** @Navicosoft **Folgen**
- UN Integrated Tra...** @UNITAMS **Folgen**
- Vult Lab** @vultlab **Folgen**

Mehr anzeigen



INFLATION

Die Not ist groß

Die Preise für Grunderzeugnisse steigen weltweit rasant – auch in Uganda. Hauptgründe sind der Krieg in der Ukraine und die Corona-Pandemie.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Nach Angaben des Uganda Bureau of Statistics stieg der Preis für Speiseöl zwischen Dezember 2021 und Februar 2022 um 21 Prozent, der Anstieg innerhalb eines Jahres betrug sogar 77,6 Prozent. Im Februar kostete ein Stück Seife 20 Prozent mehr als im Dezember und fast 50 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Benzinpreis stieg innerhalb von drei Monaten um 15,3 Prozent und innerhalb von 12 Monaten um 34 Prozent.

Der ugandische Finanzminister Matia Kasaija erklärt, dass dieser Trend von Ereignissen außerhalb des Landes verursacht wird. Zunächst führte die Covid-19-Krise zu höheren Transportkosten und Lieferengpässen bei wichtigen Gütern. Russlands Angriff auf die Ukraine verschärfte die Probleme weiter. Beide Länder liefern normalerweise große Mengen an Grundnahrungsmitteln auf den Weltmarkt, und Russland ist ein wichtiger Exporteur von fossilen Brennstoffen.

Nach Regierungsangaben lag die jährliche Gesamtinflationsrate Ugandas im März bei 3,7 Prozent, was im Vergleich zu anderen Ländern moderat ist – Inflation ist ein weltweites Phänomen. Kenia verzeichnete im März fünf Prozent und die USA sogar 8,5 Prozent.

„Kein Politiker kann die Ursachen für den Preisanstieg direkt angehen“, sagte Kasaija. Er sieht aber keinen Grund zur Panik und geht davon aus, dass sich die vorübergehende Situation „früher oder später“ beruhigt.

Wie viele afrikanische Länder hat Uganda bisher eine neutrale Haltung zum Russland-Ukraine-Konflikt eingenommen. In der UN-Generalversammlung enthielt es sich bei allen Abstimmungen über Russland. Hintergrund ist, dass sich viele Afrikaner unwohl fühlen, wenn sie sich auf die Seite des Westens stellen. Sie haben den

Eindruck, dass die G7-Staaten ihre Versprechen allzu oft nicht einhalten und ihre brutale Kolonialgeschichte nie aufgearbeitet haben.

In gewissem Maß profitiert Russland von solchen Gefühlen, obwohl es eindeutig gegen internationales Recht verstoßen hat und sein Krieg viel Leid verursacht. Die russische Propaganda will den Afrikanern weismachen, dass die EU und die USA den Inflationsdruck durch die Verhängung von Wirtschaftssanktionen noch verschärft haben.

Das tägliche Leben vieler Ugander wird durch die Inflation schwieriger. Nanyonga Shamim, die einen Lebensmittelladen in Kampala betreibt, sagt, dass sie die Preise für Tomaten und Zwiebeln wegen der höheren Transportkosten anheben musste. Die Zwiebeln werden aus Kenia importiert, wo die Kraftstoffpreise ebenfalls gestiegen sind. Gleichzeitig musste sie feststellen, dass die Nachfrage zurückging, weil viele Kunden sich die Waren nicht mehr leisten können.

Issa Bogere betreibt ein kommerzielles Motorradtaxi (Boda boda) muss seinen Kunden jetzt mehr für die Fahrten berechnen, weil das Benzin seit 2021 so teuer geworden ist. Er berichtet, dass „viele frühere Kunden zu Fuß zu gehen, anstatt eine teure

Boda-boda-Fahrt zu machen“. Er wünscht sich, die Regierung würde etwas unternehmen, um die Inflation zu stoppen.

Inmitten der allgemeinen Unzufriedenheit hat die ugandische Regierung jedoch immer wieder erklärt, dass sie keine Subventionen, Preiskontrollen oder Steuerensenkungen zur Bewältigung exogener Schocks einführen will. Es könnte jedoch noch schlimmer kommen. Der Internationale Währungsfonds warnt vor einer Verlangsamung des Wachstums und davor, dass höhere Zinsen in wohlhabenden Ländern es den Entwicklungsländern erschweren werden, ihre Schulden zu bedienen. Die frühere nigerianische Finanzministerin und heutige Leiterin der Welthandelsorganisation (WTO) Ngozi Okonjo-Iweala hat davor gewarnt, dass die durch den Ukraine-Krieg verursachte Lebensmittelknappheit zu Unruhen führen könnte. Hinzu kommt, dass Armut und Ungleichheit sich in der Pandemie generell verschlimmert haben.

Die Realität ist, dass afrikanische Regierungen mit plötzlichen Problemen fertig werden müssen, die sie nicht verursacht haben. Und das verschärft langfristige Herausforderungen wie die globale Erderwärmung, die sie ebenfalls nicht verursacht haben.



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

ist ein ugandischer Autor und bearbeitet die E+Z/ D+C-Kolumne „Heutzutage“.

sekandiron@gmail.com



Immer weniger Menschen können sich eine Fahrt mit einem kommerziellen Motorrad („Boda boda“) leisten.



Deutsche Soldaten 2019 bei UN-Mission in Mali.

EU

Afrikas Sicherheit bleibt wichtig

Der Ukrainekrieg hat Auswirkungen auf die Sicherheitszusammenarbeit der EU mit Afrika. Sie müssen beachtet werden.

Von Julian Bergmann und Niels Keijzer

Die EU hat beschlossen, für die Ukraine über die Europäische Friedensfazilität (EPF) Rüstungsaufwand zu betreiben. Nie zuvor hat die Union tödliche Waffen gekauft und an ein anderes Land geliefert. Die EU-Außenminister stellten die ersten 500 Millionen Euro am 28. Februar bereit. Bis Ende April kam eine weitere Milliarde hinzu.

Afrikas Staatschefs sehen das. Kurz vor Russlands Einmarsch in die Ukraine bekräftigte der EU-AU-Gipfel in Brüssel im Februar, dass Sicherheit und Frieden weiter auf der gemeinsamen Agenda stehen. Zusa-

- die Ausbildung und Ausrüstung für die Entwicklung militärischer Kapazitäten,
- die Unterstützung von afrikanisch geführten Friedenseinsätzen und
- die Zusammenarbeit bei Cybersicherheit.

Für zivile Krisenprävention gab es Verpflichtungen, militärische Dingen hatten aber Vorrang.

Frieden und Sicherheit in Afrika zu fördern war schon bei der ersten Afrika-EU-Konferenz 2000 eine Priorität Europas. Die EU führt derzeit elf einschlägige militäri-

sche Operationen und zivile Missionen in afrikanischen Ländern durch. Von 2004 bis 2021 gab die Afrikanische Friedensfazilität (APF) fast 3 Milliarden Euro EU-Mittel für Friedenseinsätze unter afrikanischer Führung sowie zur Stärkung der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur aus.

Die APF ist der Vorgänger der von den EU-Außenministern im März 2021 ins Leben gerufenen EPF. Trotz der ähnlichen Namen sind die Unterschiede groß. Das EPF-Budget

- beschränkt sich nicht auf Afrika,
- hängt nicht von AU-Entscheidungen ab und
- kann für tödliche Waffen genutzt werden.

Die neue Fazilität ist also stärker, aber afrikanische Regierungen haben weniger Einfluss auf sie. Die EPF ist nicht Teil des EU-Budgets, sondern steht als zwischenstaatliches Instrument den EU-Regierungen flexibel zur Verfügung.

Die EPF sollte dieses Jahr maximal 540 Millionen Euro ausgeben, aber der Ukraine wurden bereits 1,5 Milliarden bewilligt. Die EU-Mitglieder müssen also ihre Jahresbeiträge und Ausgabenlimits neu verhandeln und ihre strategischen Ziele prüfen. Was bedeutet die Unterstützung der Ukraine für andere EPF-Aufgaben? Was wird aus den Vereinbarungen des AU-EU-Gipfels? Die EU muss auf die AU zugehen, um darüber zu reden.

Europas Außen- und Sicherheitspolitik wird sich kurz- bis mittelfristig auf Osteuropa konzentrieren müssen. Oberste Priorität haben die Unterstützung der Ukraine und eine stärkere NATO-Präsenz in den baltischen und osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Derweil wird die militärische Präsenz in Afrika wohl zumindest teilweise reduziert. Die EU muss das mit den afrikanischen Partnern besprechen und deren Bedenken ernst nehmen.

Vertrauen ist wichtig, aber die EU hat ernste Glaubwürdigkeitsprobleme. Laut Vladimir Antwi-Danso vom Ghana Armed Forces Command&Staff College liegt das unter anderem daran, dass die vom Westen geführte Libyen-Intervention nicht gut verlief und die Sicherheitslage in vielen Ländern verschlechterte verschlechterte (siehe E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2022/04). Besonders schwierig ist die Lage in Mali, wo nun ein Militärregime herrscht. Antwi-Danso spricht von „systemischem Putschen“, wenn Offiziere Staatlichkeit zerfallen sehen, wo westliche Geber substanzlose demokratische Zeremonien unterstützen.

Angesichts wachsender Probleme will Frankreich aus Mali abziehen und die EU ihre Militärausbildung dort einstellen. Europa muss klären, wie das kompensiert werden soll und wie sie künftig mit Malis Militärjunta umgehen will. Die Fragen sind nun schwieriger denn je.

Der Ukrainekrieg ist furchtbar und beispiellos. Eine Atommacht hat ein souveränes UN-Mitglied angegriffen. Darauf müssen die europäischen Entscheider reagieren. Sie dürfen aber nicht vergessen, dass dieser Krieg keines der zuvor schon bestehenden Probleme erübrigt – und es wäre ein Riesenschmerz, Afrika aus den Augen zu verlieren.



JULIAN BERGMANN
ist Wissenschaftler am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
julian.bergmann@die-gdi.de



NIELS KEIJZER
ist ebenfalls Wissenschaftler am DIE.
niels.keijzer@die-gdi.de

Dieser Kommentar beruht auf einem Beitrag des DIE-Blogs „Zukunft der Globalisierung“: <https://blogs.die-gdi.de/future-of-globalisation/>

RECHTSSTAATLICHKEIT

Schwieriger Neustart

Pakistans Supreme Court hat zügig eine Verfassungskrise beendet und die demokratische Gewaltenteilung bestätigt. Große politische Probleme bleiben jedoch ungelöst.

Von Marva Khan

Zwölf Minuten nach Mitternacht war Imran Khan am Sonntag, dem 10. April, nicht mehr Premierminister, denn er hatte die Vertrauensfrage in der Nationalversammlung verloren. Seine Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) hatte zuvor versucht, dieses Verfahren zu verhindern, was aber am Obersten Gericht scheiterte.

Khan ist umstritten. Dem ehemaligen Cricket-Star wird rachsüchtiges Verhalten gegenüber Oppositionspolitikern und ihren Familien sowie Korruption – unter anderem wegen nicht deklarerter Spenden aus dem Ausland – vorgeworfen. Zudem griff er gern unabhängige Institutionen wie die Justiz oder die Wahlkommission an. Als Außenseiter hatte er 2018 die Wahlen gewonnen, weil viele Menschen die etablierten Parteien leid waren.

Vor einigen Monaten entstand jedoch eine Parteienkoalition, die Khan absetzen wollte. Es wurde klar, dass sie genug Parla-

mentsstimmen haben würde. Daraufhin behauptete Khan, er könne beweisen, dass die USA seine Regierung stürzen wollten. Der Nationale Sicherheitsrat, dem Minister und Spitzenmilitärs angehören, bestätigte das allerdings nicht.

Die PTI torpedierte dann parlamentarische Verfahren. Die für den 2. April angesetzte Vertrauensfrage strich der stellvertretende Parlamentspräsident von der Tagesordnung. Kurz darauf erklärte Khan in einer aufgezeichneten Videoansprache die Nationalversammlung für aufgelöst.

Grundsätzlich hat der Regierungschef diese Macht, und der Präsident muss seine Entscheidung dann innerhalb von 48 Stunden bestätigen. Allerdings gilt das nicht, wenn eine Vertrauensfrage ansteht, denn dann hat laut Verfassung die Parlamentsentscheidung Vorrang. Dennoch bestätigte Präsident Arif Alvi umgehend Khans Beschluss. Alles lief offenbar nach Plan.

Der Supreme Court wurde aus eigener Initiative tätig, zudem wurden noch am selben Tag mehrere Klagen eingereicht. Nach fünftägiger Sitzung entschied das Gericht am 7. April, dass die Absetzung der Vertrauensfrage verfassungswidrig war. Das einstimmige Urteil erklärte die Nationalver-

sammlung für wieder eingesetzt und ordnete an, die Vertrauensabstimmung müsse bis zum 10. April stattfinden.

Am 9. April traten die Abgeordneten um 10 Uhr morgens zusammen. Die PTI verhielt sich abermals destruktiv. Offensichtlich von Khan angewiesen, hielten PTI-Abgeordnete stundenlange Reden, während die Opposition Abstimmungsbeginn forderte.

Der Supreme Court wurde abermals aktiv. Gegen 23 Uhr berichteten Journalisten, wenn die Abstimmung nicht wie angeordnet laufe, werde um Mitternacht ein Strafverfahren wegen Missachtung des Gerichts gegen den Parlamentspräsidenten eröffnet. Daraufhin trat dieser PTI-Politiker zurück und bat einen Oppositionspolitiker zu übernehmen. Drei Minuten nach Mitternacht begann die Abstimmung; nochmal acht Minuten später war Khan des Amtes enthoben.

Der Supreme Court verdient Lob dafür, die Rechtsstaatlichkeit und die Verfassungsordnung verteidigt zu haben (siehe auch meinen Aufsatz auf www.dandc.eu über den Umgang der Justiz mit Vergewaltigungsopfern). Pakistans politische Krise bleibt jedoch ungelöst. Die Nationalversammlung hat Shehbaz Sharif zum neuen Regierungschef gemacht, aber seine 11-Parteien-Koalition kann sich schnell als schwach erweisen.

Khan hat zwar seine Parlamentsmehrheit verloren, aber er hat in den Städten Massen von wohlhabenden Unterstützern zu Demonstrationen mobilisiert. Sharif gehört zudem zu einer der politischen Dynastien, gegen die Khan immer gewettert hat. Sein Bruder Nawaz war dreimal Premierminister, vollendete aber keine Amtszeit.

Die Ausgangslage ist sehr schwierig. Pakistans Schuldenlast wiegt schwer, und der Krieg in der Ukraine verschärft die Inflationsprobleme. Lebensmittel- und Treibstoffpreise steigen schnell. Zudem hat die schwere Krise Afghanistans Auswirkung auf Pakistan. Positiv ist aber sicherlich, dass Shehbaz Sharif sich als Ministerpräsident von Punjab einen Namen als kompetenter Verwaltungschef gemacht hat.



Vereidigung von Shehbaz Sharif (weißes Haar) als Premierminister.



MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für
Recht an der LUMS (Lahore
University of Management
Sciences).

marva.khan@lums.edu.pk

DEMOKRATIE

Oligarchenpopulismus

Der Begriff „Oligarchenpopulismus“ ist nützlich, obwohl er paradox klingt. Er hilft sogar, den Ukrainekrieg zu verstehen.

Von Hans Dembowski

Superreiche Menschen haben politische Vorstellungen. Sie halten sich zu all dem berechtigt, was sie bezahlen können. Staatliche Regulierungen, die ihnen im Weg stehen, lehnen sie ab. Der in den USA „libertär“ genannte Weltsicht zufolge soll der Staat möglichst „klein“ sein. Steuern und Sozialabgaben werden abgelehnt. Die Bevölkerungsmehrheit braucht das öffentliche Bildungs- und Gesundheitswesen, aber die plutokratische Elite kommt ohne aus. Umwelt- und Arbeitsrecht mögen sie auch nicht.

Aus marktradikaler Sicht ist Staatshandeln immer ein Problem. Dem Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman zufolge ist dies der Grund, weshalb die Republikaner in den USA alles tun, um Obamacare zu blockieren und scheitern zu lassen.

Rechtspopulismus gilt gemeinhin als etwas ganz anderes. Er soll nicht Nutznießende von Steueroasen ansprechen, sondern frustrierte und abgehängte Menschen. Allerdings haben populistische Parteien häufig eine antidemokratische Agenda, die dem Oligarchenziel des minimal eingreifenden Staates dient. Staatshandeln wird als übergriffig und diktatorisch bezeichnet. In der Coronapandemie wurden eigentlich selbstverständliche Hygieneregeln beispielsweise als „totalitär“ abgelehnt.

In den 1990er-Jahren bedeutete Globalisierung die Öffnung von Märkten. Heute geht es dagegen um die Schaffung globaler Regeln für Klimaschutz, Steuereintreibung und weniger Ungleichheit. Oligarchen, Plutokraten und Kleptokraten passt das nicht, also unterstützen sie oft verlogenen Nationalismus nach Brexit-Manier. Was angeblich die Souveränität des eigenen Staates sichert, untergräbt indessen seine Handlungsfähigkeit. In einer vernetzten Welt können nur große Player wie die EU, die USA oder China Regeln beschließen und durchsetzen. Großinvestoren fällt es dagegen leicht, kleine

Einzelstaaten gegeneinander auszuspielen. Folglich bekommen populistische Parteien großzügige Plutokratenspenden. Einige Führungsfiguren – Donald Trump etwa – sind selbst Milliardäre.

Dass die digitalen Plattformen, die im öffentlichen Diskurs immens wichtig geworden sind, superreichen Investoren gehören, ist auch wichtig. Algorithmen bestimmen, was auf dem Bildschirm erscheint. Wer auf Social-Media-Plattformen wem folgt, ist nur ein Faktor unter anderen. Posts lassen sich auch finanziell bewerben. Um Menschen auf der Plattform zu halten, schüren Algorithmen auch Gefühle wie Wut und Hass. Oft heißt es, dass sei ein Marketingkonzept – politische Dimensionen sollten jedoch auch gesehen werden. Vermutlich geben Silicon-Valley-Milliardäre Abgeordneten, die ihre Monopole zerschlagen wollen, nicht dieselbe Reichweite wie denen, die Freiheit mit der Abwesenheit des Staates gleichsetzen.

Der russische Angriff auf die Ukraine zeigt, wie gefährlich populistische Propaganda ist. Es liegt nahe, in diesem grauenhaften Krieg einen Konflikt zwischen westlicher Demokratie und russischem Despotismus zu erkennen. Es ist aber falsch, denn populistische Kräfte sind bei der Unterminierung westlicher Demokratien

schon weit vorangekommen. Ohne dubiose Spenden und aggressive Social-Media-Kampagnen wäre es womöglich nie zum Brexit gekommen – und Trump hätte es wohl auch nicht bis ins Weiße Haus gebracht. Wenn westliche Regierungen Demokratieförderung ernst meinen, müssen sie gefährliche Tendenzen im Inland bekämpfen.

Das ist übrigens keine Verschwörungstheorie. Niemand behauptet, es gebe zentrale Strippenzieher, oder finstere Akteure koordinierten geheim weltweit Strategien. Offensichtlich konvergieren aber bestimmte Interessen, und populistische Parteien arbeiten auf Oligarchenziele hin.

Es wäre zudem naiv, anzunehmen, dass superreiche Akteure auf Manipulationsmöglichkeiten, die sie erkennen, verzichten. Sie unterstützen Rechtspopulismus, weil er demokratisch legitimes Staatshandeln schwächt. Wenn Linkspopulismus das tut, stört sie das nicht. Folglich hat Russland in den vergangenen Jahren denn auch beide Varianten finanziell und mit Internetaktivismus unterstützt. Nichtrussische Oligarchen fördern derweil bekanntlich den Rechtspopulismus. Beispiele sind der Facebook-Großinvestor Peter Thiel, der Medienmogul Rupert Murdoch und der britische Geschäftsmann Arron Banks.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Protestierende in Berlin im August 2020.

Äthiopische
Näherin.

SCHWERPUNKT

Textilindustrie

„Um im Geschäft zu bleiben, müssen Unternehmen Nachhaltigkeitsversprechen internationaler Marken einhalten.“
M. A. JABBAR, S. 21

„Von 8000 Taka können Arbeiterinnen kaum leben.“
NAZMA AKTER, S. 23

„Kenia exportierte 2020 Kleidung im Wert von 420 Millionen Dollar.“
ALPHONCE SHIUNDU, S. 25

„Diese Aussagen zeigen die Konfliktlinien zwischen Investoren und Beschäftigten in der äthiopischen Textilindustrie.“
MICHAELA FINK UND REIMER GRONEMEYER, S. 27

„Die Betroffenen wissen oft gar nicht, mit welchen Chemikalien sie in Kontakt kommen.“
OLGA SPERANSKAYA, S. 29

„Der Bedarf an Secondhand-Kleidung in Deutschland ist gar nicht so groß, wie Ware vorhanden ist.“
THOMAS FISCHER, S. 31

„Eine massive Sozialaudit-Industrie ist entstanden, sie hat aber keine wesentlichen Verbesserungen gebracht.“
GISELA BURCKHARDT, S. 32

Einblicke in die Textilindustrie Bangladeschs: zwei Experteninterviews

Die Textil- und Bekleidungsindustrie hat sich in Bangladesch in den vergangenen drei Jahrzehnten rasant entwickelt. Lange Zeit wurde das Land als hoffnungsloser Fall betrachtet, ist aber nun zum Synonym für raschen Wandel geworden.

Einerseits bedeutet Industrialisierung Fortschritt, andererseits geht sie mit sozialen Härten einher. Der Einsturz der mehrstöckigen Textilfabrik Rana Plaza machte 2013 weltweit Schlagzeilen. Mehr als 1100 Menschen – überwiegend Textilarbeiterinnen – kostete

diese industrielle Katastrophe das Leben.

Das Desaster verstärkte die Wahrnehmung westlicher Verbraucher von brutal ausgebeuteten Frauen. Die Beschäf-



tigten gelten als exemplarische Opfer. Die Realität ist aber komplizierter, denn viele junge Frauen aus benachteiligten ländlichen Gemeinden wünschen sich bezahlte Arbeit. Sie werden dadurch selbständiger und können obendrein ihre Familien unterstützen. Nach lokalen Maßstäben gehören Textilbeschäftigte zur unteren Mittelschicht und nicht zu den sozial ausgegrenzten Armen. Entsprechend sind afrikanische Regierungen daran interessiert, dem Beispiel Bangladeschs zu folgen.

Der Bekleidungssektor hat sich zudem diversifiziert. Manche Firmen setzen auf höhere Qualität. Zudem gewinnen Gewerkschaften Einfluss. Seit dem Rana-Plaza-Unglück haben Sicherheitsrisiken mehr Aufmerksamkeit bekommen. Um eine genauere Vorstellung der Lage zu bekommen, haben wir einen Manager und eine Gewerkschafterin interviewt. M.A. Jabbar von der DBL Group und Nazma Akter von der Somnilito Garments Sramik Federation äußern auf den folgenden Seiten ihre Ansichten.

DBL GROUP

„Wir wachsen dynamisch“

Die DBL Group ist ein Hersteller von Textilwaren mit Sitz in Bangladesch. Zu den Kunden gehören internationale Marken wie H&M, Walmart, C&A, Esprit und Hugo Boss. DBL hat mehr als 42.000 Beschäftigte, darunter 14.700 Frauen. Im E+Z/D+C-Interview erläutert Geschäftsführer M. A. Jabbar, welche Auswirkungen die Covid-Pandemie auf die Branche hat und welche technologischen Veränderungen zu erwarten sind.

M. A. Jabbar im Interview mit Sabine Balk

Wie hat sich die Coronakrise auf Ihr Unternehmen ausgewirkt, und haben Sie sich schon davon erholt?

Die Pandemie war für uns genauso schwierig wie für den Rest der Welt. Die ersten Monate des Lockdowns trafen uns hart. Dass wir unsere Expansion in verschiedenen Geschäftsbereichen erfolgreich fortsetzen konnten,

zeigt aber auch unsere Resilienz. Außerdem unterstützte uns die Regierung von Bangladesch, die als Reaktion auf die Pandemie ein Konjunkturpaket für Unternehmen im ganzen Land bereitstellte. Obwohl die Gesamtexporte von Bangladesch im Geschäftsjahr 2019/20 um mehr als 18 Prozent zurückgingen, konnte die DBL Group ihre Ausfuhren um mehr als sechs Prozent steigern. 2020/21 stiegen unsere Exporte sogar um fast 55 Prozent, und unser Umsatz erreichte ein Allzeithoch. Wir haben nicht nur überlebt, sondern wachsen auch dynamisch.

Wie hat sich die Textilproduktion in den vergangenen Jahrzehnten in Bangladesch verändert?

Im vergangenen Jahrzehnt gab es wichtige Veränderungen. In der ersten Hälfte hatten Gesundheit und Sicherheit oberste Priorität. Darauf folgten Verpflichtungen zu

verschiedenen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsinitiativen. Unsere Branche hängt von den Käufern ab. Um im Geschäft zu bleiben, müssen Unternehmen Nachhaltigkeitsversprechen einhalten, die internationale Marken ihren Endverbrauchern geben. Auf der sozialen Seite hat menschenwürdige Arbeit in der Lieferkette an Bedeutung gewonnen. Dazu gehören faire Löhne, Qualifizierung und sogar Engagement in der Gemeinschaft. Auf der Umweltseite sind die Verringerung der Kohlenstoffemissionen und die Verbesserung des Abfallmanagements wichtig. Verantwortungsbewusstes Konsumverhalten findet immer mehr Beachtung, und die Nachfrage nach recycelten Produkten ist in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen.

Nimmt die Automatisierung zu?

Wir haben Teilbereiche in unserer eigenen Lieferkette automatisiert. Die Maschinen in der Spinnerei der DBL Group haben beispielsweise eine programmierbare Logiksteuerung, die die Umdrehungen pro Minute automatisch anpasst. In unserer Stofffärberei sind automatische Temperaturregler in die Maschinen integriert. In un-

serer Waschanlage setzen wir Lasertechnologien ein. Diese Technologien optimieren sowohl den Energie- als auch den Wasserverbrauch. Im Allgemeinen ist die Pullover- und Grobstrickproduktion in Bangladesch mittlerweile vollständig automatisiert.

Wie viel Handarbeit ist noch nötig – und wie viel wird in Zukunft nötig sein?

Die Verarbeitung von Rohstoffen – Spinnen, Färben und Bedrucken – erfordert nicht viel menschliches Eingreifen, aber die Bekleidungsherstellung ist sehr arbeitsintensiv. Zuschnitt, Nähen, Veredelung und Verpackung werden größtenteils von Hand erledigt. In diesen Bereichen hat eine gewisse Automatisierung stattgefunden, aber der Wandel war bisher nicht so groß wie in anderen Ländern. Es gibt sicherlich noch Spielraum für weitere Automatisierung in der Fertigung. Industrie 4.0 bedeutet, dass wir von der Handarbeit zur Automatisierung übergehen. Außerdem wird es in der Fertigung weniger Verschwendung geben, da die Ausschussquoten gesenkt werden.

Bedeutet das, dass Sie weniger Arbeitskräfte brauchen werden?

Vielleicht brauchen wir in der Zukunft weniger Arbeitskräfte, aber es ergeben sich auch neue Möglichkeiten. Wir werden zusätzliche Fachkräfte brauchen, die mit den modernen Maschinen umgehen können. Um Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden und einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, ist eine Höherqualifizierung nötig. Wir arbeiten mit Ausbildungszentren der Industrie zusammen, die entsprechende Kurse anbieten. Initiativen dieser Art helfen den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, sich an die Zukunftstechnologien anzupassen, und senken die Arbeitslosigkeit. Außerdem arbeiten viele Frauen, die am Programm für weibliche Führungskräfte unseres Unternehmens teilgenommen haben, jetzt als Vorgesetzte. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich verbessert. Eine von ihnen wechselte zu einer Nichtregierungsorganisation, die Qualifizierungsmaßnahmen anbietet und daran arbeitet, die Beschäftigungschancen von Frauen zu verbessern.

Welchen Einfluss wird die Automatisierung auf das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) haben?



DBL Group in Dhaka: „Wir werden zusätzliche Fachkräfte brauchen, die mit modernen Maschinen umgehen können.“

Sie wird vielfältige Auswirkungen haben. Auf der sozialen Seite werden Menschen durch eine bessere Ausbildung vertiefte Fähigkeiten und bessere Chancen haben – nicht nur in der Textilindustrie, sondern auch in anderen Branchen. Damit wird das SDG 4 „Hochwertige Bildung“ erreicht. Auf der Umweltseite werden die Produktionsprozesse effizienter sein, was die Ressourcennutzung optimieren und die Verschwendung reduzieren wird. Das steht in direktem Zusammenhang mit SDG 12 „Verantwortungsvoller Konsum und Produktion“. Während des Übergangs zur Automatisierung kann es jedoch zu mehr Arbeitslosigkeit kommen. So könnte SDG 1 – keine Armut – einen Rückschlag erleiden.

Wie verändert sich der internationale Wettbewerb?

China ist nach wie vor der größte Exporteur von Bekleidung, aber einige Länder schließen auf. Vietnam liegt jetzt Kopf an Kopf mit Bangladesch. Die Produzenten dort sind gut darin, sich technologisch anzupassen.

Sind Sie an afrikanischen Produktionslinien beteiligt?

Nun, wir haben tatsächlich in Äthiopien investiert, in Mekelle, der Hauptstadt der Region Tigray. Allerdings musste der Betrieb wegen des aktuellen Konflikts eingestellt werden.

Wie schätzen Sie die Situation für Ihre Branche in den nächsten Jahrzehnten ein?

Das Potenzial für Verbesserungen ist groß. Es sind umsichtige Investitionen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Automatisierung. Qualifizierung ist entscheidend, und die damit verbundenen Investitionen kommen nicht nur den Herstellern zugute, daher sollte sie zusammen mit verschiedenen Interessengruppen erfolgen. Das Weltwirtschaftsforum hat vorgeschlagen, dass die Qualifizierung in einem kooperativen Ansatz erfolgen sollte, der neben den Herstellern auch Marken, Agenturen und Technologieanbieter einbezieht.



M. A. JABBAR
ist Geschäftsführer der DBL Group.

jabbar@dbl-group.com



Verbesserte Sicherheit am Arbeitsplatz: Nazma Akter (2. v. r.) 2019 bei einer Kundgebung in Dhaka zum Gedenken an die Rana-Plaza-Katastrophe 2013.

BANGLADESCH

Was Corona Belegschaften kostet

Nazma Akter ist eine Veteranin der Arbeiterbewegung in Bangladeschs Bekleidungsbranche. Sie sprach mit E+Z/D+C über die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Nazma Akter im Interview mit Marianne Scholte

Wie ist aktuell die Corona-Lage in Bangladesch?

Wir beachten Corona nicht weiter. Wir müssen arbeiten, um zu überleben. Hat eine Näherin eine Erkältung, leichtes Fieber oder andere Grippesymptome, behält sie das für sich, nimmt Paracetamol und geht zur Arbeit. Was soll sie sonst tun? Es gibt keinen Krankenstand, sie braucht das Geld und hat keine Wahl.

Wie viele Textilarbeiterinnen sind an Covid-19 erkrankt? Wie viele kamen in die Klinik? Und wie viele sind gestorben?

Das sind gute Fragen, aber ich weiß es nicht. Manche waren krank. Aber allgemein wird nicht darüber gesprochen, wenn jemand es hat. Ich war auch krank, habe mich aber

nicht getestet. Was soll ich denn machen, wenn der Test positiv ist? Wenn er negativ ist – was ändert das? Ich weiß daher auch nicht von Arbeitern, die an Covid-19 gestorben sind. Die meisten Näherinnen sind jung, ihr Immunsystem ist stark. Die meisten Menschen, die an Covid-19 gestorben sind, hatten Asthma, Herzprobleme oder andere chronische Erkrankungen.

Zurück ins Frühjahr 2020, als die Pandemie begann: Wie waren die ersten Monate?

Ab März 2020 wurden Aufträge in Höhe von etwa drei Milliarden Dollar storniert oder pausiert. Zahlungen kamen verzögert. Ab dem 27. März galt ein landesweiter Lockdown – nur nicht für Fabriken. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter waren darüber wütend. Sie bestanden darauf, auch Menschen zu sein, die Schutz brauchen. Es gab viel Chaos. Die Fabriken machten für ein paar Tage dicht, dann öffneten sie wieder. Aber die Näherinnen waren in ihre Dörfer heimgekehrt und konnten nicht zurück zur Arbeit, weil es keinen öffentlichen Verkehr gab. Viele liefen weite Strecken zurück

nach Dhaka. Premierministerin Sheikh Hasina Wajed kündigte ein finanzielles Stimulierungspaket über umgerechnet fast 52 Millionen Euro für exportorientierte Industrien an. Davon gingen 85 Prozent an den Textilsektor. Die Arbeitgeber zahlten die März-Gehälter trotzdem nicht pünktlich. 300000 Menschen verloren ihre Jobs – auch Schwangere und alleinerziehende Mütter. Es gab Proteste, Arbeiter wurden verprügelt, verhaftet und zu Unrecht angeklagt. Im April 2020 arbeiteten die meisten wieder, aber die Textilhersteller wollten keine vollen Gehälter zahlen. Letztlich zahlten die meisten nur 65 Prozent. Im Mai kamen große Aufträge rein, die Produktion lief wieder zu 100 Prozent. Aber die internationalen Marken drückten die Preise massiv. Alle arbeiteten wieder, machten auch Überstunden, es wurden wieder die vollen Gehälter gezahlt. Aber viele, die ihre Jobs verloren hatten, verdienten nach ihrer Rückkehr weniger. Wenn sie vor der Krise 10 000 Taka bekommen hatten – etwas mehr als 100 Euro – wurde ihnen der gleiche Job nun für 9500 Taka angeboten.

Die AWAJ-Stiftung ist eine Arbeitnehmerorganisation, die an der Basis arbeitet. Sie betreibt Frauencafés, auch um Arbeiterinnen über ihre Rechte und Möglichkeiten zu informieren. Läuft diese Arbeit noch?

Als die Fabriken zu waren, hatten wir auch für ein paar Tage geschlossen. Ich und ein paar andere Frauen sind trotzdem weiter ins Büro gegangen, um denen zu helfen, die entlassen worden waren und Probleme hatten. Als die Fabriken wieder öffneten, waren wir auch wieder da, um zu unterstützen. Wir haben auch Demonstrationen und Proteste organisiert und Interviews gegeben – weltweit und vor Ort. Es gab Treffen mit Ministerien, Herstellern, verschiedenen Vollzugsbehörden. Die Arbeit geht weiter.

Wie viele der Beschäftigten sind geimpft?

Die Impfquote steigt täglich. Anfang Februar waren etwa 40 Prozent zweifach geimpft – wie die allgemeine Bevölkerung auch.

Haben die Fabriken Sicherheitskonzepte?

Die Arbeiter tragen Masken. Das war schon vor der Pandemie so, wegen des Staubs in den Fabriken. Anfangs wurden einige Sicherheitsrichtlinien befolgt. Aber kaum waren alle Arbeiter wieder da, gab es keine Abstandsregeln mehr. In den Fabriken ist es eng.

Der monatliche Mindestlohn in der Textilbranche wurde Ende 2018 von 5300 Taka auf 8000 Taka angehoben. Zuvor gab es lange Zeit Unruhen, Entlassungen und Verhaftungen von Beschäftigten. Wann steigen die Löhne weiter?

Per Gesetz muss die Regierung alle fünf Jahre einen neuen Mindestlohnausschuss einberufen. Es ginge auch eher, aber das wollen die Fabrikbesitzer nicht, obwohl derzeit große Bestellungen eingehen. Von 8000 Taka können Arbeiterinnen kaum leben. Alles ist teuer. Ein Kilo Reis kostet 70 Taka, ein Kilo Fleisch 620 Taka. Die Wohnungsmiete verschlingt den Hauptteil eines Gehalts. Hinzu kommt Bildung und alles Weitere. Viele Näherinnen unterstützen Angehörige auf dem Land, die noch ärmer sind als sie. In Ländern, in denen es kaum soziale Sicherung gibt, müssen Großfamilien für alle Familienmitglieder sorgen; die Näherinnen leisten ihren Beitrag.

Der Gewerkschaftsbund Somnilito Garments Sramik Federation, den Sie gegründet haben und leiten, hat sich seit 2013 sehr erfolgreich organisiert. Ist das noch so?

Oh ja. Wir haben jetzt über 70 Mitgliedsge- werkschaften in verschiedenen Unternehmen und 13 Tarifverträge. Weitere sieben sind anhängig. Es geht um mehr als 70 000 Mitglieder. Wir haben noch viel zu tun, und wir kämpfen weiter, um uns zu organisieren. Wir haben viele sehr starke Frauen in Führungspositionen.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Industrie diversifiziert. Manche Unternehmen wollen billig sein, andere setzen auf Qualität. Spielt das eine Rolle für die Arbeitsbedingungen? Sind die Manager bereit, mit Gewerkschaften zu kooperieren?

Nein, das spielt keine Rolle. Manche moderne Fabriken haben ein besseres Arbeitsumfeld mit Trinkwasser, besserer Lüftung und so weiter. Aber egal ob eine Fabrik hochmodern ist oder nicht – sie zahlen dasselbe. Und ob sie Versammlungsfreiheit und Tarifverhandlungen zulassen, hängt von Geschäftsführung und Personalabteilungen ab.

Bei der Rana-Plaza-Katastrophe 2013 starben mehr als 1100 Menschen – vor allem Näherinnen. Daraufhin wurden die Initiativen Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh und Alliance for Bangladesh Worker Safety gegründet. Von 2013 bis

2018 inspizierten sie in Bangladesch mehr als 2500 Fabriken, forderten mehr Sicherheit und stuften über 300 Fabriken als unsicher ein. Die meisten wurden daraufhin geschlossen. Was halten Sie von der Arbeit dieser Initiativen?

Die Alliance hat Gewerkschaften nicht unterstützt, wir haben nicht zusammengearbeitet. Aber der Accord war rechtsverbindlich und hat vielen das Leben gerettet. Immerhin haben Fabriken jetzt Feuer- und Erdbebenschutz. Unsere Arbeiter sind geschützt, das ist wichtig. Außerdem hat mir Accord geholfen, wenn Geschäftsführungen unsere Bemühungen um gewerkschaftliche Organisation nicht akzeptierten und wenn es um Sicherheitsausschüsse und -fragen ging.

Accord und Alliance wurden 2018 durch den Readymade Garments Sustainability Council ersetzt. Wie beurteilen Sie die Arbeit dieses Gremiums?

Es war eine Initiative von lokalen Gewerkschaften, Textilherstellern und den Marken, die die Fabrikinspektionen übernahmen. Es ging um Verantwortung, also haben wir nach 2019 eine Kampagne durchgeführt, um etwas Verbindlicheres zu schaffen. Wir fürchteten, dass das, was der Accord erreicht hatte, verloren gehen könnte. Daher waren wir froh, als 2021 der International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry von den Marken sowie den

Gewerkschaftsverbänden UNI Global Union und IndustriALL Global Union unterzeichnet wurde. Er ist wie der ursprüngliche Accord, gilt aber auch für weitere Länder. Das ist sehr gut. Er ist rechtsverbindlich, und die Marken werden zur Verantwortung gezogen.

Profitieren die Arbeiterinnen von den internationalen Bemühungen, Markenunternehmen für das verantwortlich zu machen, was in den Produktionsstätten geschieht?

Das ist eine schwierige Frage. Aber man muss bedenken, dass es diese wichtigen Verbesserungen hinsichtlich Arbeitnehmersicherheit bis zum Unglück von Rana Plaza, wo mehr als tausend Menschen starben und weitere Tausende verletzt wurden, nicht gab. Das ist kein Resultat aus jahrzehntelangen internationalen Bemühungen, Marken verantwortlich zu machen. Erst die internationale Empörung über Rana Plaza hat diese Veränderungen ermöglicht. Unsere Arbeiter haben das mit dem Leben bezahlt.



NAZMA AKTER
ist Gründerin und Vorsitzende der Gewerkschaft Somnilito Garments Sramik Federation. Sie ist zudem Gründerin und Leiterin der AWAJ-Stiftung, die sich für mehr Mitsprache von Frauen zu Hause und am Arbeitsplatz einsetzt. akter.n1973@gmail.com
Twitter: [@NazmaAkter73](https://twitter.com/NazmaAkter73)



Gefärbte Stoffe hängen zum Trocknen auf einem Feld in Dhaka, Bangladesch.



Erster Güterzug auf der Strecke Nairobi–Naivasha 2019: Für afrikanische Verhältnisse ist die Verkehrsanbindung in Kenia sehr gut.

OSTAFRIKA

Der Schlüssel zu industriellem Wachstum

Kenias Textil- und Bekleidungssektor kämpft mit diversen Engpässen. Die Regierung will für Besserung sorgen.

Von Alphonse Shiundu

Voraussichtlich ist die Bekleidungsindustrie die führende Branche Kenias im nächsten Jahrzehnt. Das besagt ein kürzlich von der Standard Chartered Bank veröffentlichter Bericht. Die Autoren begründen das mit dem Einfluss von Investoren aus Asien und dem Mittleren Osten und fokussieren besonders auf die von der Regierung eingerichteten Freien Exportzonen (FEZ).

Trotz Lieferkettenproblemen während der Corona-Pandemie exportierte Kenia 2020 Kleidung im Wert von 420 Millionen Dollar. Die Branche ist arbeitsintensiv und beschäftigt derzeit 50 000 Menschen im Land, viele davon Frauen. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist das Wachstum in diesem Sektor sehr wertvoll, da es zum Lebensunterhalt vieler Familien beiträgt.

Abel Kamau von der Kenya Association of Manufacturers (KAM) und zuständig

für Textilindustrie sieht großes Potenzial. Er glaubt, dass „eine voll entfaltete Wertschöpfungskette“ in der Bekleidungsindustrie bis zu 10 Prozent der Bevölkerung beschäftigen könnte, denn Baumwollanbau und Herstellung von Bekleidung sind sehr aufwändig.

Die internationale Konkurrenz ist hart. Laut Standard-Chartered-Bericht ist China nicht nur weltweit „größter Produzent und Exporteur von Rohmaterialien und Kleidung“, zudem „investiert es in moderne Produktionsanlagen, Technologien und ‚grünere‘ Produkte“. Klar ist: Die Chinesen wollen ihren Wettbewerbsvorteil erhalten. Soll Kenia aufholen, müssen Wirtschaftsführer und Politiker wachsam sein.

Eine der größten Herausforderungen ist die physische Infrastruktur. Kenianische Produzenten brauchen zuverlässig Strom, bessere Straßen und kontinuierliche Wasserversorgung. Laut Landesregierung sind „die Kosten für den Straßentransport viermal höher als im weltweiten Vergleich“. Das schränkt Transportzeiten und internationale Wettbewerbsfähigkeit ein. Auch sind die

Lieferketten unzuverlässig. Andererseits sieht es in den meisten anderen afrikanischen Ländern noch schlechter aus.

Auch Finanzdienste spielen eine Rolle. Laut Standard Chartered kommen die verschiedenen Akteure der Bekleidungsbranche nicht leicht an Kredite. Hauptprobleme sind hohe Zinssätze und komplexe Vorschriften – etwa eine Mehrfachbesteuerung durch verschiedene Behörden auf Landes- und Bundesebene.

Hinsichtlich qualifizierter Arbeitskräfte ist das Bild gemischt. Kenianische Regierung und Weltbank haben den Textil- und Bekleidungssektor gemeinsam untersucht. Im Bericht heißt es, es gebe qualifizierte Arbeitskräfte im Land – um deren Potenzial zu entwickeln, müsse jedoch mehr getan werden. Sie empfehlen mehr betriebliche Ausbildung. Qualifikationsprüfungen und darauf basierende Programme zu entwickeln wäre den Experten zufolge teurer. Löhne seien in Kenia für afrikanische Verhältnisse hoch, an die Nichtrohstoffindustrie würden hohe Qualitätsanforderungen gestellt. Daher begrüßen sie, dass Kenia versucht, Qualifikationen auf Management-, Technik- und Betriebsebene zu verbessern, um produktiver zu werden.

Problematisch sind aber auch Angebot und Qualität der Baumwolle aus Kenia. Die Industrie muss entscheiden, ob sie lokale Baumwolle kauft und qualitativ aufarbeitet oder ob sie höherwertige teurere Stoffe importiert. Korruption in den Häfen und laxer Durchsetzung von Zollvorschriften ermög-

lichen das Einschleusen von Fälschungen und minderwertigen Stoffen.

Auch der internationale Handel mit Secondhand-Kleidern ist nicht unproblematisch. Ausrangierte Kleider aus reichen Ländern werden auf afrikanische Märkte importiert und an Endverbraucher verkauft (siehe Thomas Fischer auf Seite 31). Besonders ärmere Menschen kaufen diese Artikel, was den Absatz der einheimischen Produzenten mindert. Das Institute of Economic Affairs in Kenia hat jedoch festgestellt, dass importierte Gebrauchtkleidung und lokal hergestellte Kleidung „nicht unbedingt miteinander konkurrieren“.

WAS KENIA TUN KANN

Damit die Branche im Ausland größere Marktanteile gewinnen kann, müssen sich Wirtschaftsführer und Politiker diesen Herausforderungen stellen. Laut KAM-Experte Kamau ist das machbar: „Kenia kann sich vom aufstrebenden Textil- und Bekleidungsexportriesen Bangladesch bewährte Verfahren abschauen.“ (für die Arbeitgeberperspektive siehe M.A. Jabbar auf Seite 21, für die Arbeitnehmerperspektive Nazma Akter auf Seite 23). Arbeitgebervertreter Kamau findet vielversprechend, dass Kenia „eine erhebliche Menge an Einkäufern aus aller Welt herbeilocken konnte“.

Kenia braucht eine Strategie, darüber ist sich die Branche einig. Zunächst braucht es mehr Investoren. Bekleidungshersteller siedeln sich in Kenia an wegen der guten

Arbeitskräfte und Nairobis Rolle als Verkehrsknotenpunkt in Ostafrika. Frachtflüge erleichtern den Vertrieb. Für afrikanische Verhältnisse sind die kenianischen Schienen- und Straßenverbindungen sehr gut. Der Transport vom und zum Hafen von Mombasa ist relativ einfach.

Zudem können sich neue Investitionen auf energieeffiziente Technologie verlassen. Geringere Energiekosten sind ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Läuft es dort gut, hilft das Herstellern, Öko-Zertifikate zu erhalten, mit denen sie wiederum höhere Preise verlangen können. Angesichts der Klimakrise gibt es auf den globalen Märkten immer mehr umweltbewusste Verbraucher.

Auch Handelsabkommen sind hilfreich. Kenia gehört zu der sieben Länder umfassenden ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community) mit über 280 Millionen Menschen und dem gemeinsamen Markt für das östliche und südliche Afrika mit 21 Mitgliedern und einem Markt von rund 600 Millionen Menschen. Die afrikanische kontinentale Freihandelszone wird es vermutlich zudem erleichtern, in Kenia hergestellte Ware auf dem gesamten Kontinent zu verkaufen.

Auch haben Kenia und die EU im Februar vereinbart, über ein Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu verhandeln. Laut Europäischer Kommission wird sie allen kenianischen Exporten zollfreien und quotenfreien Zugang zum EU-Markt gewähren, während Kenia sich zu

einer teil- und schrittweisen Öffnung seines Marktes verpflichten muss.

Dem Standard-Chartered-Bericht nach profitieren kenianische Exporte zudem von einem zollfreien Zugang zum amerikanischen Markt gemäß dem African Growth and Opportunity Act (AGOA). Diese Regulierung gilt bis 2025 und hat geholfen, industrielle Entwicklung in afrikanischen Ländern zu erleichtern.

Kenias Regierung sieht zudem Chancen in der Spezialisierung und Diversifizierung. Sie will „Kenias Image als Afrikas Drehscheibe für Innovation und grüne Herstellung“ entwickeln. Leitidee ist, dass Unternehmen hochwertige Waren produzieren, um von höheren Preisen für kleine Serien und umweltfreundliche Produkte zu profitieren.

Damit Unternehmen ihre Qualität verbessern können, sieht die Regierungsstrategie auch die Beschaffung im öffentlichen Sektor Kenias vor. Polizeiuniformen und Kittel für öffentliche Gesundheitseinrichtungen werden wahrscheinlich aus dem Inland geordert, ebenso Schuluniformen. „Eine Analyse zeigt, dass die meisten Haushalte bei Bedarf neue Kleidung kaufen – etwa Schul- oder Arbeitsuniformen“, so das Kenyan Institute of Economic Affairs.



ALPHONCE SHIUNDU
ist Journalist und
Faktenchecker in Nairobi.

shiunduonline@gmail.com

Manifest der kenianischen Produzenten

Im August 2022 gibt es in Kenia Parlamentswahlen. Die Kenya Association of Manufacturers (KAM) hat ein Manifest veröffentlicht, um die Politiker auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Die Lobby-Organisation fordert von der künftigen Regierung, Priorität auf die Schaffung neuer qualifizierter Jobs

zu legen, Regulierungen abzubauen, Exporte zu fördern und Investoren anzulocken. Eine entsprechende Steuerpolitik soll diesen Zielen dienen. KAM zufolge würde das die meisten Wirtschaftsprobleme Kenias lösen. Ein im Auftrag der kenianischen Regierung und Weltbank erstellter Bericht benennt genau diese von der KAM her-

vorgehobenen Herausforderungen (siehe Hauptartikel). Ein Zufall ist das nicht.

Laut KAM-Vorsitzendem Mucai Kunyihya gibt es etliche Belege dafür, dass die verarbeitende Industrie in der Lage ist, „Einkommen zu steigern, Armut zu verringern und die Entwicklung von Nationen zu verändern“. KAM-Geschäftsführerin Phyllis Wakiaga ergänzt: „Das Manifest soll uns bei unseren Gesprächen mit führenden Politikern leiten, wobei der Fokus auf wirtschaftspolitischen

Herausforderungen und der Notwendigkeit, einen wettbewerbsfähigen Fertigungssektor in Kenia zu schaffen, liegen soll.“ AS



TEXTILINDUSTRIE IN ÄTHIOPIEN

Unterschiedliche Bewertungen

Die Textilindustrie in Äthiopien ist ein Hoffnungsträger: Sie ist in den vergangenen Jahren schnell gewachsen und schuf neue Jobs. Allein in dem Textilkomplex Bole Lemi in Addis Abeba und im Industriepark Hawassa entstanden mehr als 50 000 Arbeitsplätze. Doch jetzt bekommt das Wachstum Dämpfer: Erst hat die Coronakrise zu Stornierungen ausländischer Investoren geführt, dann brach im November 2020 der Bürgerkrieg aus. Ein Projekt erforscht, wie es den Beschäftigten in der Textilindustrie geht.

Von Michaela Fink und Reimer Gronemeyer

Bisher lockten niedrige Löhne, billige Elektrizität und eine vorhandene Infrastruktur Investoren aus vielen Ländern an. Doch nun haben die Pandemie und der Bürgerkrieg die Textilindustrie in Äthiopien schwer gebeutelt. Abnehmer stornierten Aufträge, Fabriken mussten ihr Personal reduzieren und ein Teil der Beschäftigten kam aus Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus nicht zur Arbeit. Infolgedessen wurde viel weniger produziert. Der Wert der Exporte aus öffentlichen und privaten Industrieparks in den ersten neun Monaten des äthiopischen Steuerjahres 2020 ging um 45 Prozent zurück, wie die äthiopische Investitionskommission (Ethiopian Investment Commission – EIC) mitteilte.

Der Bürgerkrieg könnte noch schlimmere Folgen für die Textilindustrie haben und sogar zum Zerfall des Staates führen, meinen Beobachter. Das hätte unabsehbare Folgen für das ganze Horn von Afrika. Viele Textilparks fürchten angesichts der angespannten Lage einen Rückzug der ausländischen Investoren, und einige davon (vor allem aus Asien) haben sich bereits zurückgezogen oder dies angekündigt.

VIELE PROBLEME

Der Industriepark in Hawassa ist ein Beispiel. Er liegt zwar nicht im umkämpften Gebiet, sondern im Süden Äthiopiens, aber auch hier fürchtet man die Folgen der Destabilisierung des Landes durch den Tigray-

Konflikt (siehe Markus Rudolf in der E+Z/ D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/09). Zudem schwebt über allem ein anderes Problem: die extrem hohe Fluktuation und das häufige Fernbleiben der Arbeiterinnen. Mit den Gründen dafür beschäftigt sich ein dreijähriges Forschungsprojekt (2020–22), das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird. Dafür wurden Interviews mit Textilarbeiterinnen und -arbeitern zu ihrer Situation durchgeführt.

Fünf Frauen und vier Männer wurden in Tula, einem kleinen Dorf 20 Kilometer entfernt von Hawassa, befragt. In der Gruppe bildet sich die religiöse Vielfalt des Landes ab: Es sind Protestanten, Orthodoxe und ein Muslim darunter. Die Runde von Textilarbeiterinnen, Ex-Arbeiterinnen und dörflichen Beobachtern der Textilindustrie sieht Vor- und Nachteile der Arbeit im Industriepark. „Es ist gut, Arbeit zu haben und ein besseres Leben. Es ist besser, unabhängig zu sein, statt zu Hause zu sitzen und nichts zu tun“, sagte eine der Frauen.

Das Problem ist aber die sehr geringe Bezahlung, sind sich alle einig. Das Gute

sei, dass jeder, der will, dort arbeiten könne, sagt einer der Befragten. Aber die Bezahlung müsse so sein, dass die täglichen Ausgaben gedeckt werden können. Dass dies vielfach nicht so ist, ist wohl einer der Hauptgründe für die hohe Fluktuation in der Branche. Hinzu kommen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten. Die Arbeiterinnen müssen Nachtschichten leisten und sich als Unterkunft häufig zu viert oder mehr einen Raum teilen.

Der Krieg verschärft die finanzielle Notlage der Textilarbeiterinnen, weil die Inflation stetig steigt. Nach Angaben der nationalen Statistikbehörde lag die Inflationsrate im September 2021 in Addis Abeba bei rund 35 Prozent, bei Lebensmitteln sogar bei 42 Prozent. So wird das Überleben in der Stadt immer schwieriger.

ÜBERLEBEN IM SLUM

Dies können die Befragten in Tafo, einem Slum am Rande der Millionenstadt Addis Abeba, bestätigen. Ein Mann, dessen Frau in der Textilindustrie arbeitet, meint, dass der Lohn viel zu niedrig sei und die Frauen viel zu leiden hätten. Ihre Rechte würden nicht respektiert, und wenn Frauen sich zum Beispiel gegen eine Anordnung zur Wehr setzen, würden sie sofort entlassen. Wenn Frauen kündigten, werde ihnen oft das Zeugnis über ihre Tätigkeit und ihre Kenntnisse in der Textilindustrie verwei-



Arbeiterinnen einer Textilfabrik, die für Lidl in Addis Abeba produzieren.

gert. So könne der Arbeitgeber sie zwingen, nach der Kündigung noch zwei oder drei Monate zu bleiben, bis Ersatz gefunden sei. „Wenn man sich den Job ansieht, dann hat er Züge von Sklaverei“, resümiert der Mann. Eine Textilarbeiterin aus Tafo fügt hinzu: Wenn jemand am Arbeitsplatz krank werde, ließen sie diejenige nicht nach Hause gehen, sondern „sie warten, bis eine Arbeiterin in Ohnmacht fällt“.

Diese Aussagen zeigen die Konfliktlinien zwischen Investoren und den Beschäftigten in der äthiopischen Textilindustrie: Aus der Perspektive der ausländischen Firmen sind die Löhne so niedrig, dass es sich für sie sogar lohnt, aus dem Billiglohnland Bangladesch aufzubrechen. Die Textilproduktion in Äthiopien ist noch günstiger. Allerdings beklagen die Manager die hohe Fluktuation sowie eine fehlende Arbeitsmoral der Arbeiterinnen. Ein ausländischer Manager konstatierte, dass die Produktivität so niedrig sei, dass er die Zukunft der äthiopischen Textilindustrie als gefährdet betrachte.

Für die Arbeiterinnen stellt sich die Situation aber ganz anders dar: Sie müssen

für einen Hungerlohn sechs Tage in der Woche in der Halle stehen oder sitzen. Für viele kommt eine längere Anfahrt mit dem Bus dazu. Wer in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnt und nicht mit dem Bus fährt, drängt sich mit anderen Frauen in einen kleinen gemieteten Raum, der zudem noch einen beträchtlichen Teil des kargen Verdienstes auffrisst. So suchen sich diejenigen, die können, schnellstmöglich eine andere Arbeit.

Armut ist im ländlichen Äthiopien sehr ausgeprägt, aber regional durchaus unterschiedlich. Landknappheit, Bodenerosion und Klimaveränderungen machen die traditionelle Landwirtschaft immer schwieriger. Aber die Überlebensbasis ist für viele Menschen trotzdem noch immer die eigene Subsistenzlandwirtschaft und das Sicherheitsnetz der Großfamilie, in das die Textilarbeiterinnen im Zweifelsfall zurückkehren.

In der deutschen Debatte wird kontrovers über die Textilindustrie in Äthiopien diskutiert. Die einen sehen darin einen wichtigen Schritt für Äthiopiens Entwicklung: Sie schafft Arbeitsplätze, fördert die Industrialisierung und verringert extreme Armut. Die anderen sehen Löhne unterhalb

des Existenzminimums, unzumutbare Arbeitsbedingungen, kurz Ausbeutung. Zuge-spitzt sagen die einen: Das ist Fortschritt. Die anderen: Das ist moderne Sklaverei. Die Meinung der befragten Äthiopier weist Parallelen zur deutschen Debatte auf: Die Befürworter argumentieren mit dem Gewinn von Arbeitsplätzen, mit der finanziellen Unabhängigkeit der Frauen; die Skeptiker beklagen die schlechten Löhne und die schwierigen Arbeitsbedingungen für die Frauen.



Pietro Suteria

MICHAELA FINK
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin des
vorgestellten Projekts des
BMZ, das an der Justus-
Liebig-Universität Gießen durchgeführt wird.
michaela.fink@sowi.uni-giessen.de



Wolfgang Polkowski

REIMER GRONEMEYER
ist Professor emeritus am
Institut für Soziologie der
Justus-Liebig-Universität
Gießen und Leiter des
vorgestellten Äthiopienprojektes.
reimer.gronemeyer@sowi.uni-giessen.de



Join us on
Facebook!





Arbeiterin in Polyester-Nähfertigung in Chinas Provinz Guizhou.

GESUNDHEIT

Toxische Stoffe

Viele Arbeiterinnen in der Textilindustrie sind Gesundheitsrisiken ausgesetzt, ohne es zu wissen. Im Produktionsprozess wird eine Vielzahl von Chemikalien verwendet, von denen manche giftig sind. Auch Konsumenten und Konsumentinnen sind gefährdet.

Von Olga Speranskaya

Die Textil- und Modeindustrie gehört zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Sie ist verbunden mit der intensiven Nutzung von Pestiziden, Wasser, Energie und gefährlichen Chemikalien. Ihre Emissionen belasten Wasser, Böden und Luft. Von Herstellung bis Entsorgung hat sie gewaltige Auswirkungen auf den Planeten. Problematisch sind Rohstoffzulieferung, Vertrieb und Müllbeseitigung, welche besonders arme Weltgegenden betrifft.

Der Kleidungskonsum hat enorm zugenommen. Entsprechend wird mehr hergestellt; es fällt aber auch mehr Abfall an. Laut Value Village, einer Weiterverwertungsinitiative, landen jährlich fast 12 Milli-

onen Tonnen Textilmüll auf Halden. Davon könnten 95 Prozent weiter genutzt oder recycelt werden – wofür aber in vielen Ländern die Vorbedingungen nicht erfüllt sind. Die Folge ist giftige Umweltverschmutzung durch Müllverbrennung oder Deponien. Besonders betroffen sind Entwicklungsländer, weil sie vielfach Altkleider aus Ländern mit hohen Einkommen importieren.

Gleichzeitig findet bis zu 90 Prozent der Kleidungsfertigung in Entwicklungsländern statt, wo Arbeitsrecht und Schutzbestimmungen entweder kaum beachtet werden oder gar nicht existieren. Die Umweltgesetzgebung ist meist ähnlich dysfunktional. Die sozialen Probleme sind wohlbekannt, und sie bestehen fort, obwohl viele Firmen sich offiziell zu strengen Standards bekennen. Die meisten Beschäftigten sind weitgehend ungebildete Frauen, die Angst um ihre Jobs haben. Zu den Hauptproblemen gehören:

- niedrige Löhne,
- lange Arbeitszeiten,
- unbezahlte Überstunden,

- kein bezahlter Urlaub,
- Ausbeutung von Kindern,
- geringe Aufstiegschancen und
- sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz.

Zudem bekommt Arbeitsschutz oft nicht die gebotene Aufmerksamkeit. Manche Gesundheitsrisiken betreffen Männer und Frauen, andere sind jedoch geschlechtsspezifisch. Dazu gehören Brustkrebs, Fehlgeburten und Bluthochdruck während der Schwangerschaft. Erschwerend kommt hinzu, dass die Betroffenen oft gar nicht wissen, mit welchen Chemikalien sie in Kontakt kommen und weshalb das gefährlich ist. Die Firmen lassen sie vielfach im Dunkeln und haben auch keine Betriebsärzte, die im Krankheitsfall helfen könnten.

Bis zu 40000 synthetische Substanzen werden in der kompletten Liefer- und Produktionskette eingesetzt. Manche sind karzinogen, mutagen oder stören das Hormonsystem. Kaum eine Produktionsstufe kommt ohne Chemikalien aus. Deren schiefe Vielfalt erschwert sicheres und umweltfreundliches Management.

Pro Kilogramm Textilstoff kommen geschätzte 580 Gramm Chemikalien zum Einsatz. Färbereien allein verwenden bis zu 1600 verschiedene Substanzen, zu denen auch gefährliche wie Formaldehyd, Phthalate und perfluorierte Chemikalien zählen. Ihr Nutzen ist Fleckenschutz, Wasserdichte, Knitterschutz oder Ölresistenz.

Carbon-Disulfat wird trotz ernster Gesundheitsrisiken bei der Viskoseherstellung verwendet. Zu den möglichen Folgen gehören koronare Herzprobleme, Störungen des zentralen Nervensystems und Beeinträchtigungen der Netzhaut. Studien haben zudem gezeigt, dass manchmal der Menstruationszyklus gestört wird, die Menopause früher eintritt und andere hormonbedingte Probleme vorkommen.

In seinem Buch „Fake Silk“ (2016) hat Paul Blanc von der University of California der Viskoseproduktion eine „tödliche Geschichte“ bescheinigt, die multinationalen Unternehmen bekannt sei. Hohe Profite seien ihnen aber wichtiger als vernunftgebundene Sicherheitsbestimmungen. Das Buch berichtet von „Greenwashing“, das Viskose als umweltfreundlich ausgibt, obwohl die Produktion Gift erfordert. Zum Schutz der Beschäftigten wären strenge Umweltregeln und Arbeitsschutz nötig.

Ein weiteres Problemmaterial ist Polyester. Es ist Plastik, das aus fossilen Rohstof-



In Narayanganu in Bangladesch trocknen gefärbte Tücher in der Sonne.

fen gemacht wird. Die synthetische Faser erhält durch toxische Additive gewünschte Eigenschaften. Polyester ist das meistverwendete Material und kommt in 60 Prozent der Kleidung weltweit vor. Es gibt verschiedene Varianten, wobei PET in Kleidung und Verpackungen verwendet wird.

Zu den Giftstoffen in der Polyesterherstellung gehört der karzinogene Katalysator Antimon-Trioxid. Er gefährdet nicht nur im Produktionsprozess Tätige, denn Fabrikabwässer sind regelmäßig belastet und verschmutzen dann Grundwasser und Quellen. Selbst Verbraucher und Verbraucherinnen können betroffen sein, denn Experimente haben ergeben, dass für Hautkontakt konzipierte Stoffproben Antimon abgeben können.

Mikroplastik ist ein weiteres von Polyester und anderen Kunststoffen verursachtes Umweltproblem. Es kommt in Trinkwasser, Bier sowie in diversen Lebensmitteln einschließlich Honig, Salz und Zucker vor. Waschmaschinen spülen regelmäßig Mikroplastik aus. Es wird mittlerweile in den Ozeanen sowie Gletscher- und Polareis gefunden.

DIE BRANCHE MUSS NACHHALTIG WERDEN

Die Textil- und Kleidungsproduktion nachhaltig zu machen ist eine gewaltige Aufgabe. Die Industrie muss den Einsatz von Giftstof-

fen minimieren und dann beenden – und zwar sowohl im Herstellungsprozess als auch in den Produkten selbst. Das ist ein Gebot der unternehmerischen Verantwortung.

Es bestehen zudem ökonomische Anreize. Ein Beispiel ist der Blaue Engel. Dieses Siegel beruht auf der Gesetzgebung Deutschlands und der EU, welche unter anderem die Verwendung von Schwermetallen streng begrenzt und ganze Chemikaliengruppen ausschließt – wie etwa Chloralkane und perfluorierte Stoffe oder Alkylphenol-Ethoxylate. Außerdem dürfen beispielsweise Nanomaterialien in der Herstellung von Leder und Lederprodukten nicht verwendet werden.

Auch der IVN Leather Standard ist erwähnenswert. Der in Berlin ansässige Internationale Verband der Naturtextilwirtschaft (IVN) hat ihn geschaffen. Für die Zertifizierung müssen Firmen im gesamten Produktionsprozess Kriterien erfüllen. Diverse Stoffe sind nicht zulässig – darunter auch solche, die nach den Kriterien des EU-Regelsystems REACH („Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals“) zwar problematisch, aber noch nicht verboten sind.

Selbstverständlich steht Menschen weltweit und nicht nur in Europa Schutz zu. Die Industrie muss also überall Sozial- und Umweltstandards einhalten. Auch Arbeitsschutz gilt es vom Baumwollanbau bis zur Abfallentsorgung sicherzustellen.

Informationslücken in den Lieferketten tragen zu den Problemen bei. Die Manager wichtiger Marken wissen zwar, bei wem sie selbst bestellen, haben oft aber nur vage Vorstellungen davon, wer in deren Zulieferung eine Rolle spielt.

Bei nachhaltigen Textilien geht es um den kompletten Produktions- und Verwendungszyklus. Auf jeder Stufe ist ökologisch und sozialverträgliches Handeln nötig. Daraus folgt auch, dass in moderne Technik investiert werden muss.

Nachhaltigkeit erfordert in der Textilwirtschaft entschlossenes Handeln im Sinne des Umweltschutzes, der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Stabilität. Es geht zudem um verwandte Dinge wie die Müllentsorgung. Auf jeder Stufe verdienen die Chemieprobleme mehr Aufmerksamkeit als bisher.

QUELLE

Blanc, P., 2016: Fake Silk – The Lethal History of Viscose Rayon. Yale University Press.



OLGA SPERANSKAYA ist eine der beiden Co-Vorsitzenden der zivilgesellschaftlichen Organisation Health and

Environment Justice Support (HEJSupport), die Büros in Dachau, Moskau und Ottawa hat. olga.speranskaya@hej-support.org

ALTKLEIDER

Wertlose Billigkleidung

In den westlichen Ländern wird immer mehr Kleidung gekauft und dementsprechend wieder entsorgt – das meiste davon landet im Altkleidercontainer. Davon wird ein großer Teil als Secondhandware nach Afrika und Lateinamerika verkauft. Warum das so ist, erklärt Textilrecycling-Experte Thomas Fischer.

Thomas Fischer im Interview mit Sabine Balk

Sie sind ein Verband mit etwa 100 überwiegend gewerblichen Unternehmen, die ihr Geld mit der Entsorgung von Altkleidern verdienen. Ihre Unternehmen stellen Altkleidercontainer auf und sind auf kostenlose Kleiderspenden angewiesen. Wie finanzieren sich Ihre Unternehmen?

Die Unternehmen finanzieren sich allein durch den Verkauf der Altkleider mit höchster Qualität, der sogenannten Creme-Ware. Das Sammeln und Sortieren von Altkleidern lohnt sich ökonomisch nur, wenn mindestens etwa 60 Prozent der gesammelten Kleidung verkauft werden kann, denn alles andere kostet unsere Mitgliedsunternehmen Geld, da alle Schritte des Sortierens zeitintensiv von Hand gemacht werden müssen. Die Altkleider, die nicht verkauft werden können, sowie textile Fremdstoffe, die leider immer wieder in Containern landen, müssen fachgerecht entsorgt werden, was

ebenfalls kostet. Nur reine Baumwolle kann derzeit recycelt und als Putzlappen verwendet werden. Der nichtwiederverwertbare Rest geht als sogenannte Ersatzbrennstoffe in die Verbrennungsanlagen. Das sind meist billige Synthetikfasern und Mischgewebe.

Wie viel Altkleidung fällt in Deutschland an? 2013 fiel etwa eine Million Tonnen Altkleidung an, 2018 waren es 1,3 Millionen. Die Tendenz ist steigend. Aber seit der Pandemie haben wir keine verlässlichen Zahlen mehr, denn diese beziehen sich auf die verkaufte Menge im textilen Einzelhandel. In den vergangenen zwei Jahren war alles anders als sonst.

Sie verkaufen den Großteil der Secondhandkleidung in Entwicklungsländer. Die Exporte nach Afrika stehen in der Kritik. Ein Argument ist, dass die Altkleidung aus dem Westen die dortige Textilindustrie kaputt macht. Was entgegnen Sie dem?

Auch die karitativen Anbieter wie Rotes Kreuz oder Caritas verkaufen die Altkleidung für den Export in Entwicklungsländer, weil der Bedarf an Secondhandkleidung bei Bedürftigen in Deutschland gar nicht so groß ist wie Ware vorhanden. Wir verkaufen unsere Kleidung hauptsächlich an Großhändler in Polen und den Niederlanden, und von dort gehen sie in die Zielländer in Afrika und Lateinamerika. Zu dem Argument, die

Altkleiderexporte würden die heimische Textilindustrie zerstören, muss man sagen, dass es so etwas in vielen Ländern gar nicht gibt oder dass die traditionelle Kleidung, die dort hergestellt wird, nicht den Wünschen vieler Konsumenten entspricht. Sie wollen bezahlbare modische Kleidung aus Europa.

Vor einigen Jahren versuchten Länder wie Kenia, Ruanda, Uganda und Tansania, einen Importstopp von Altkleidern umzusetzen, was außer in Ruanda nicht gelang. Warum? Einer der Gründe ist, dass die Märkte in Afrika sich seit Jahrzehnten etabliert haben und viele Leute vor Ort vom Verkauf leben. Außerdem wollen diese Menschen die Kleidung haben. Das Problem ist nicht die Secondhandware aus Europa, sondern die Billigklamotten aus Synthetik, mit denen Asien Afrika überschwemmt. Diese Chinaware kommt auch zunehmend zu uns, was ein großes Problem ist. Die Mode ist so schnelllebig, dass die Hersteller 12 bis 16 Kollektionen pro Jahr auf den Markt bringen. Die Qualität dieser Kleidung ist sehr schlecht. Sie ist nach ein paar Mal waschen aus der Form oder kaputt und kann nicht mehr weiterverkauft oder recycelt werden. Allerdings wäre der derzeitige Bedarf an Kleidung mit Baumwolle gar nicht mehr zu decken.

Was wäre Ihr Wunsch diesbezüglich?

In Bezug auf Wegwerfkleidung gibt es eine zunehmende Sensibilisierung. Meine Hoffnung ist, dass die Verbraucher weiter umdenken hin zu weniger, aber dafür qualitativ hochwertigerer Kleidung und dass die Hersteller dem Rechnung tragen und wieder nachhaltiger produzieren. Auch wenn es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein scheint, aber weniger Konsum ist nicht schädlich für unsere Branche. Denn von Billigware haben wir nichts. Wird wieder mehr hochwertige Kleidung gekauft, landet auch mehr davon in unseren Containern. Nur hochwertige Altkleider können zur Weiterverwendung vermarktet werden und sorgen dafür, dass die bislang kostenfreie Abgabe von Altkleidern weiter so funktioniert.



Altkleidercontainer in Deutschland.



THOMAS FISCHER
ist Referent für
Kreislaufwirtschaft beim
Fachverband Textilrecycling
beim Bundesverband

Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse).
fischer@bvse.de

MENSCHENRECHTE

Schärfere Kriterien nötig

Das staatliche Siegel „Grüner Knopf“ soll auf Textilien hinweisen, die unter guten Bedingungen hergestellt wurden. Die Grundidee ist begrüßenswert, doch die Kriterien sind nicht ambitioniert genug.

Von Gisela Burckhardt

Die Textilbranche steht wegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltproblemen seit Langem in der Kritik. In Deutschland existieren mehrere Initiativen, die sich für bessere Produktionsbedingungen einsetzen, etwa das Textilbündnis (siehe Kasten nächste Seite). Im Handel finden sich auf Textilien zahlreiche Siegel, die Verbraucherinnen und Verbrauchern dabei helfen sollen, sozialere und nachhaltigere Kaufentscheidungen zu treffen. Seit September 2019 gibt es hierzulande auch das erste staatliche Textilsiegel: den Grüne Knopf, geschaffen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Zwei Jahre nach Einführung des Grünen Knopfs (GK) sind laut BMZ 78 Unternehmen zertifiziert. Das Siegel prangte bereits auf rund 150 Millionen verkauften Textilien. Beispielsweise sind die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie große Abnehmer für Krankenhäuser und Altenheime, auch die Discounter Aldi und Lidl und die Deutsche Bahn statteten zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

mit GK-Kleidung aus. Große internationale Modemarken wie C&A, H&M oder Zara sind dagegen noch nicht dabei.

Anders als andere Siegel bewertet der GK nicht nur das konkrete Textil-Produkt, sondern auch das dahinterstehende Unternehmen und dessen Einkaufspolitik. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Auch das 2021 verabschiedete Lieferkettengesetz verpflichtet ab 2023 große Unternehmen in Deutschland gesetzlich dazu, ihre Lieferketten verantwortungsvoller zu managen.

Freiwillige Initiativen wie GK oder Textilbündnis haben nur dann einen echten Mehrwert, wenn sie in ihrem Anspruch deutlich über gesetzliche Anforderungen hinausgehen. Auch angesichts des neuen Lieferkettengesetzes sollte der Grüne Knopf seine Kriterien deshalb verschärfen – denn derzeit sind sie nicht anspruchsvoll genug.

Insbesondere deckt das Siegel bislang nicht die ganze Lieferkette der Textilproduktion ab, sondern nur die letzten Stufen der Verarbeitung: die Konfektion und Nassprozesse wie Waschen und Färben. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Spinnereien erfasst es damit ebenso wenig wie Kinderarbeit in der Baumwollernte. Die Siegel-Kriterien beinhalten außerdem bisher nur die Zahlung eines Mindestlohns, nicht aber eines existenzsichernden Lohns. Der Unterschied ist gewaltig: Es ist davon

auszugehen, dass der gesetzliche Mindestlohn in den meisten Produktionsländern zwei- bis dreimal so hoch sein müsste wie bisher, um zum Leben zu reichen.

OBERFLÄCHLICHE BERICHTERSTATTUNG

Hinzu kommt, dass GK-zertifizierte Unternehmen nur unzureichend öffentlich Bericht erstatten. Das ergab eine Überprüfung der öffentlichen Berichte von 31 Firmen durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen FEMNET und Public Eye. Die meisten berichteten nur oberflächlich über Risiken in ihrer Lieferkette und benannten keine konkreten Maßnahmen gegen häufige Menschenrechtsverletzungen wie geschlechtsspezifische Gewalt in Fabriken oder die Behinderung von Gewerkschaftsarbeit.

Auch auf Produktebene besteht Verbesserungsbedarf: Textilien, die den GK tragen, müssen Kriterien anderer Siegel erfüllen, etwa des Fair-Trade-Siegels oder des Global Organic Textile Standard (GOTS). Die Zertifizierung für diese Siegel erfolgt auf Grundlage von Audits, die durch private, gewinnorientierte Firmen in den Fabriken durchgeführt werden. Solche Audits sind aber nicht in der Lage, bestimmte Arbeitsrechtsverletzungen zu erkennen, etwa Diskriminierung von Frauen.

In den vergangenen 20 Jahren ist eine massive Sozialaudit-Industrie entstanden, sie hat aber keine wesentlichen Verbesserungen gebracht. Problematisch ist auch, dass die Produktsiegel teils große Lücken aufweisen. Beispielsweise ist das GOTS-Siegel allenfalls im Umweltbereich vertrauenswürdig, nicht aber in puncto Menschenrechtsstandards.

GRÜNER KNOPF 2.0

Das BMZ hat den GK weiterentwickelt zum „GK 2.0“. Die finale Fassung soll kurz nach Fertigstellung dieses Artikels veröffentlicht werden. Zu den bisher bekannten positiven Veränderungen gehört, dass Unternehmen ihre Lieferkette besser kennen müssen als bisher. So werden zum Beispiel Material- und Fasereinsatz nun ebenfalls überprüft. Zudem müssen Unternehmen die Lücke zwischen derzeitigem und existenzsicherndem Lohn erfassen sowie eine Strategie für Lohnerhöhungen vorlegen. Allerdings sind die Kriterien des GK 2.0 weiterhin nicht anspruchsvoll genug:



Taschen, die mit dem „Grünen Knopf“ ausgewiesen sind.

- Auf der Ebene der Produkte ist der GK 2.0 weiterhin auf die bekannten Produktsiegel ausgerichtet und beinhaltet somit deren Schwächen.
 - Existenzsichernde Löhne sind kein Muss, nicht einmal Fortschritte bei der sukzessiven Anhebung sind verpflichtend, sondern nur die Vorlage einer Strategie für Lohnerhöhungen.
 - Unternehmen sind nicht verpflichtet, ihre Lieferantenliste zu veröffentlichen – dabei tun dies viele Konzerne bereits von sich aus auf ihrer Website.
 - Unternehmen dürfen hinsichtlich Risiken in der Lieferkette eigene Prioritäten setzen; dadurch besteht die Gefahr, dass sie kritische Themen umgehen.
- Der GK wirbt mit dem Slogan „Sozial. Ökologisch. Staatlich. Unabhängig zertifiziert“ – dabei wird weder ein existenzsichernder Lohn in der Lieferkette gezahlt,

noch gibt es eine Garantie, dass die Ware ohne Diskriminierung von Frauen oder andere Arbeitsrechtsverletzungen hergestellt wurde. Auch der GK 2.0 garantiert Verbraucherinnen und Verbrauchern keine wesentlichen Verbesserungen in der Lieferkette.

Unterm Strich ist der Anspruch des GK damit zu niedrig. Er sollte dringend erhöht werden – sonst besteht die Gefahr staatlich zertifizierten Greenwashings. Dem wissenschaftlichen Beirat des Grünen Knopfes ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Für die berechtigte Diskussion um das richtige Ambitionsniveau des GK 2.0 sollte im Zweifel ein hohes Ambitionsniveau und eine tiefe Durchdringung der Lieferkette Vorrang haben gegenüber dem Ziel, möglichst vielen Unternehmen eine Kennzeichnung von Produkten mit dem GK 2.0 zu ermöglichen.“

LINKS

Grüner Knopf:

<https://www.gruener-knopf.de>

Recherchebericht: Hält der Grüne Knopf was er verspricht? FEMNET und Public Eye, 2021:

<https://femnet.de/download/send/25-csr/274-recherchebericht-haelt-der-gruene-knopf-was-er-verspricht.html>

Stellungnahme des BMZ zum

Recherchebericht von FEMNET und Public Eye:

<https://www.gruener-knopf.de/presse/stellungnahme-des-bmz-zum-bericht-von-femnet-und-public-eye>



GISELA BURCKHARDT

ist Vorstandsvorsitzende der zivilgesellschaftlichen

Organisation FEMNET, die sich für die Rechte von

Frauen im Textilsektor einsetzt.

gisela.burckhardt@femnet.de

Das Textilbündnis

Nach dem Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch 2013 rief der damalige Bundesentwicklungsminister Gerd Müller 2014 das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ ins Leben, kurz Textilbündnis (TB) genannt. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten gemeinsam die sozialen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen in der Textilproduktion verbessern. Das TB ist eine sogenannte Multi-Stakeholder-Initiative mit mehr als 120 Mitgliedern, darunter mehr als 70 Bekleidungsunternehmen, diverse Verbände, drei Bundesministerien sowie zivilgesellschaftliche Organisationen wie FEMNET.

Jedes einzelne Mitgliedsunternehmen im TB zeigt derzeit alle zwei Jahre in einem umfassenden Reviewprozess, wie es seiner Sorgfaltspflicht in der gesamten Lieferkette nachkommt. Hierzu macht es

einen Bericht öffentlich, die sogenannte Roadmap. Eine Auswertung der Angaben der Unternehmen in ihrer Roadmap zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz von FEMNET zeigt, dass viele Unternehmen beim Thema geschlechtsspezifische Gewalt

noch sehr am Anfang stehen. Sieben Jahre Textilbündnis haben hier noch nicht zu flächendeckend umgesetzten Maßnahmen geführt, die das Risiko wirksam beheben würden.

Darüber hinaus entwickelt das Bündnis in den Produktionsländern verschiedene Initiativen zu sozialen und ökologischen Themen. Beispielsweise initiierte FEMNET im indischen Bundesstaat Ta-

mil Nadu ein Projekt, um die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen von Mädchen und jungen Frauen in den Spinnereien zu verbessern. Beteiligt sind die Unternehmen Tchibo, Otto, KiK und Hugo Boss sowie das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Trotz kleiner Erfolge sind die Fortschritte im TB insgesamt mager: Noch immer wird in keinem Produktionsland annäherungsweise ein existenzsichernder Lohn gezahlt (siehe Haupttext). Von den Mitgliedsunternehmen beteiligen sich gerade einmal 13 an einer Initiative zu höheren Löhnen. Nur 25 legen derzeit ihre Lieferkette offen. Auch eine Messung, wie gut das Bündnis wirkt, scheiterte an mangelnder Beteiligung.

Sollte das Textilbündnis weiter bestehen, muss es vor Ort mehr Wirkung zeigen. GB



Frankfurter Shoppingmeile: Kunden könnten besser informiert werden.

LINK

Unternehmensberichte im Textilbündnis:

www.textilbuendnis.com/berichte



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 240 followers

See all 6 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
240 followers
2h · 🌐

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #di...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 3 posts
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

DEVELOPMENT AND
COOPERATION | **D+C**